

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIETES ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 917

29 décembre 2000

SOMMAIRE

ACM European Diversified Bond Fund	43975	Government Asset Backed Securities S.A., Luxembourg.....	44000
Adef, S.à r.l., Steinsel.....	43969	Inter Multi Investment, Sicav	44014
Allianz Europe Finance S.A., Luxembourg	43995	International Reinsurance Company S.A., Luxembourg.....	43993
Arts et Loisirs S.A., Luxembourg.....	44010	International Reinsurance Company S.A., Luxembourg.....	43988
Audemars Microtex Lux Holding S.A., Luxembourg.....	44013	International Reinsurance Company S.A., Luxembourg.....	43993
Berberis Holding S.A.H., Luxembourg	44014	Pléiade, Sicav, Luxembourg	44016
Calig-Telefin S.A., Luxembourg	43987	Sicav Best, Luxembourg	44015
Cramer S.A., Luxembourg	44012	Stansec Holding S.A., Luxembourg	43996
EFG Multi-Manager Fund	43976	Storebrand International Investment Fund.....	44013
Exit, S.à r.l., Luxembourg	44012	Terra Capital S.A., Luxembourg	44005
Fédération Générale des Instituteurs Luxembourg-geois S.C., Luxembourg	43975	The Cronos Group S.A.H., Luxembourg	44015
Fontaine de Jade, S.à r.l.....	43969	Vanilla International Holdings S.A., Luxembourg.....	44001
Generalinvest, Sicav, Luxembourg.....	44014	Videopress S.A., Luxembourg.....	43987
Global Fund-Strategie OP.....	43970	Zukunft A.G., Luxembourg	44015
Global Investment Strategy	44013		
Government Asset Backed Securities S.A., Luxembourg.....	44000		

ADEF, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-7344 Steinsel.
R. C. Luxembourg B 27.814.

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Luxembourg, le 2 août 2000, vol. 540, fol. 65, case 5, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 4 août 2000.
(42359/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

Signature.

FONTAINE DE JADE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

La société FONTAINE DE JADE S.à r.l., est valablement engagée depuis la constitution de la société en date du 8 juillet 1988 par la signature conjointe des deux gérants, c.à.d., Monsieur Lau Yu Kwok et Monsieur Lau Hak Keung.
Luxembourg, le 5 juillet 2000.

Lau Yu Kwok/Lau Hak Keung.

Enregistré à Luxembourg, le 20 juillet 2000, vol. 540, fol. 18, case 10. – Reçu 500 francs.
(42457/000/8) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

GLOBAL FUND-STRATEGIE OP, Fonds Commun de Placement.**VERWALTUNGSREGLEMENT**

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Anteilinhaber hinsichtlich des Sondervermögens GLOBAL FUND-STRATEGIE OP bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement:

Art. 1. Grundlagen.

1. Der Fonds (im folgenden auch «Dachfonds» genannt) ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen. Er wurde als «Fonds Commun de Placement» nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg gegründet und wird von der OPPENHEIM INVESTMENT MANAGEMENT INTERNATIONAL S.A., einer Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht (im folgenden «Verwaltungsgesellschaft» genannt) im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen (im folgenden «Anteilinhaber» genannt) verwaltet.

2. Die Verwaltungsgesellschaft legt das Fondsvermögen nach dem Grundsatz der Risikomischung gesondert von ihrem eigenen Vermögen an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte stellt die Verwaltungsgesellschaft Anteile aus, die auf den Inhaber lauten und in Globalzertifikaten verbrieft sind. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

3. Die Anteilinhaber sind an dem Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

4. Mit dem Anteilerwerb erkennt der Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie dessen genehmigte und veröffentlichte Änderungen an.

5. Die jeweils gültige Fassung sowie sämtliche Änderungen werden im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (im folgenden Mémorial genannt) veröffentlicht.

Art. 2. Depotbank.

1. Die Verwaltungsgesellschaft hat die SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A., Luxemburg zur Depotbank bestellt. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz, dem Verkaufsprospekt und dem Verwaltungsreglement. Die Depotbank handelt unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt und dem Gesetz.

2. Die Depotbank verwahrt alle Vermögenswerte des Fonds in gesperrten Konten oder Depots über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Vermögenswerte des Fonds bei anderen Banken im Ausland oder bei Wertpapiersammelstellen in Verwahrung geben, sofern die Vermögenswerte an einer ausländischen Börse zugelassen, in einen ausländischen geregelten Markt einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögenswerte handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.

3. Die Anlage des Fondsvermögens in Bankguthaben (Sicht- und Termineinlagen) bei anderen Kreditinstituten sowie die Verfügungen über diese Bankguthaben bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Sie darf einer solchen Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Bestimmungen und dem Verwaltungsreglement vereinbar ist. Die Bankguthaben bei anderen Kreditinstituten müssen auf Sperrkonten unterhalten werden. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Bankguthaben zu überwachen.

4. Die Depotbank wird unter Beachtung der Voraussetzungen des Absatz 1 insbesondere Anteile gegen Zahlung des Ausgabepreises ausgeben sowie den Rücknahmepreis bei der Rücknahme von Anteilen und eventuelle Ausschüttungen an die Anteilinhaber auszahlen. Sie wird ferner aus den gesperrten Konten den Kaufpreis für vom Fonds erworbene Vermögenswerte zahlen, Vermögenswerte, die für Rechnung des Fonds verkauft wurden, gegen Zahlung des Kaufpreises übertragen und aus den gesperrten Konten die notwendigen Einschüsse bei Abschluß von Terminkontrakten leisten. Die Depotbank wird dafür Sorge tragen, daß:

a) alle Vermögenswerte des Fonds unverzüglich auf seinen gesperrten Konten bzw. Depots eingehen, insbesondere der Kaufpreis, aus dem Verkauf von Investmentanteilen, Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten, anfallende Erträge, Entgelte für von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich des Ausgabeaufschlags und eventueller Steuern und Abgaben unverzüglich auf den gesperrten Konten des Fonds verbucht werden;

b) die Berechnung des Inventarwerts und des Wertes der Anteile gemäß den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Verwaltungsreglements erfolgt;

c) bei allen Geschäften, die sich auf das Fondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen bei ihr eingeht;

d) die Erträge des Fondsvermögens gemäß dem Verwaltungsreglement verwendet werden;

e) Investmentanteile höchstens zum Ausgabepreis gekauft und mindestens zum Rücknahmepreis verkauft werden;

f) börsennotierte Wertpapiere bzw. Investmentanteile höchstens zum Tageskurs gekauft und mindestens zum Tageskurs verkauft werden; abweichend davon dürfen sie jedoch zum vereinbarten Basispreis erworben oder verkauft werden, sofern dies in Ausübung eines Wertpapieroptionsrechts geschieht, das einem Dritten eingeräumt wurde;

g) verbriezte Rechte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 11 angemessen ist, und die Gegenleistung im Falle der Veräußerung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich unterschreitet;

h) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Terminkontrakten eingehalten werden.

5. Die Depotbank entnimmt für die Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur die in diesem Verwaltungsreglement festgesetzten Vergütungen. Sie entnimmt auch, jedoch nur nach Zustimmung der Verwaltungs-

gesellschaft, für sich selbst die ihr gemäß diesem Verwaltungsreglement zustehende Vergütung. Die Regelung in Artikel 13 dieses Verwaltungsreglements über die Belastung des Fondsvermögens mit sonstigen Kosten und Gebühren bleibt unberührt.

6. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:

a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft geltend zu machen;

b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

Die vorstehend unter a) getroffene Regelung schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilinhaber nicht aus.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilinhaber nicht aus.

7. Die Depotbank und die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Die Kündigung wird wirksam, wenn eine Bank, welche die Bedingungen des Gesetzes über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen vom 30. März 1988 erfüllt, die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß dem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten und Funktionen gemäß Artikel 17 des vorerwähnten Gesetzes als Depotbank in vollem Umfang nachkommen.

Art. 3. Fondsverwaltung.

1. Die Verwaltungsgesellschaft handelt unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber. Sie kann unter eigener Verantwortung und auf ihre Kosten Anlageberater hinzuziehen und/oder sich des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, gemäß den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements mit den von Anteilinhabern eingelegten Geldern Vermögenswerte zu erwerben, sie wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner zu allen sonstigen Rechtshandlungen ermächtigt, die sich aus der Verwaltung der Vermögenswerte des Fonds ergeben.

Art. 4. Risikostreuung.

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds:

a) Anteile eines anderen offenen Investmentfonds oder einer anderen offenen Investmentgesellschaft (im folgenden «Zielfonds» genannt) erwerben, wenn zur Zeit des Erwerbs ihr Wert, zusammen mit dem Wert der bereits im Fonds befindlichen Anteile desselben Zielfonds, 20 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt;

b) höchstens 10 % der ausgegebenen Anteile eines Zielfonds erwerben.

2. Bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teifonds bestehen (auch «Umbrella-Fonds» genannt) beziehen sich die in Absatz 1 genannten Beschränkungen jeweils auf einen einzelnen Teifonds, wobei es jedoch nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Fondsvermögens des Dachfonds auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen darf.

3. Werden die in Absatz 1 genannten Grenzen nachträglich durch Kurs- bzw. Anteilwertentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich die Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

Art. 5. Flüssige Mittel.

Bis zu 49 % des Netto-Fondsvermögens dürfen in flüssigen Mitteln gehalten werden. Dazu zählen auch regelmäßig gehandelte Geldmarktinstrumente mit einer (Rest-)Laufzeit von bis 12 Monaten. Geldmarktpapiere, die für den Dachfonds erworben werden, dürfen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs eine (Rest-)Laufzeit von höchstens 12 Monaten haben.

Art. 6. Kaskadierungsverbot.

Es ist der Verwaltungsgesellschaft nicht gestattet, für den Dachfonds Anteile solcher Zielfonds zu erwerben, die ihrerseits mehr als 5 % des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, es sei denn, die von dem betreffenden Zielfonds gehaltenen Investmentanteile dürfen nach dessen Vertragsbedingungen oder Satzung anstelle von Bankguthaben gehalten werden.

Art. 7. Techniken und Instrumente.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann sich nach Maßgabe der Anlagebeschränkungen für den Fonds der Techniken und Instrumente bedienen, die Devisen zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente zur Deckung von Währungsrisiken geschieht.

2. Zu den Techniken und Instrumenten gehören unter anderem der Kauf und Verkauf von Call- und Put-Optionen, der Kauf und Verkauf von Terminkontrakten sowie sonstige zulässige Finanzinstrumente, die Devisen zum Gegenstand haben. Die Verwaltungsgesellschaft wird Instrumente, die nicht an einer Börse oder an einem geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Geschäfte), nur abschließen, wenn

- der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist und

- der Kauf oder Verkauf dieser Instrumente anstelle von an einer Börse oder an einem geregelten Markt gehandelten Instrumenten nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft für die Anteilinhaber von Vorteil ist. Der Einsatz von OTC-Geschäften ist insbesondere dann von Vorteil, wenn er eine laufzeitkongruente und damit kostengünstigere Absicherung von Vermögenswerten ermöglicht.

3. Techniken und Instrumente, die Wertpapiere, Zinssätze oder Börsenindizes zum Gegenstand haben, dürfen für den Fonds nicht getätigkt werden.

4. Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden. Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens - sowohl positiv als auch negativ - stärker beeinflußt werden, als dies bei dem unmittelbaren Erwerb von Investmentanteilen oder sonstigen Vermögenswerten geschieht.

Art. 8. Kreditaufnahme.

Die Verwaltungsgesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 % des Netto-Fondsvermögens aufnehmen sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt.

Art. 9. Unzulässige Geschäfte.

Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds nicht:

1. Bei Erwerb nicht voll eingezahlter Wertpapiere bzw. Investmentanteile Verbindlichkeiten übernehmen, die, zusammen mit Krediten gemäß Artikel 8, 10 % des Netto-Fondsvermögens überschreiten;
2. Kredite gewähren oder für Dritte als Bürg einstehen;
3. Vermögenswerte erwerben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;
4. in Immobilien anlegen und Waren oder Warenkontrakte kaufen oder verkaufen;
5. Edelmetalle oder auf Edelmetalle lautende Zertifikate erwerben;
6. Vermögenswerte des Fonds verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, sofern dies nicht zur Besicherung einer zulässigen Kreditaufnahme zu Lasten des Fonds dient oder als Sicherheitsleistung zur Erfüllung von Einschuß- oder Nachschußverpflichtungen im Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit derivativen Instrumenten, die nach diesem Verwaltungsreglement zulässig sind, gefordert wird;
7. Leerverkäufe von Wertpapieren bzw. Investmentanteilen und/oder Geldmarktinstrumenten tätigen;
8. an einer Börse, einem geregelten Markt oder mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind, gehandelte Call- und Put-Optionen auf Devisen kaufen und verkaufen, deren Prämien addiert 15 % des Netto-Fondsvermögens überschreiten oder deren Kontraktwerte über das Netto-Fondsvermögen hinaus gehen;
9. Andere Wertpapiere oder in Wertpapieren verbriegte Finanzinstrumente erwerben, als Investmentanteile und Geldmarktpapiere mit (Rest-)Laufzeiten von bis zu 12 Monaten.

Art. 10. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.

1. Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte.
2. Die Anteile werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank ausgegeben und unverzüglich in entsprechender Höhe auf einem vom Anteilerwerber anzugebenden Depot gutgeschrieben. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen; etwa bereits geleistete Zahlungen werden in diesen Fällen unverzüglich zurückgestattet.
3. Die Anteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Zahlstellen oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
4. Die Anteilinhaber können jederzeit die Rücknahme der Anteile über die Verwaltungsgesellschaft, die Depotbank oder die Zahlstellen verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, an jedem Bewertungstag die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Fonds zurückzunehmen. Bewertungstag ist jeder Tag, der in Frankfurt/Main, Düsseldorf und Luxemburg ein Bankarbeits- und Börsentag ist. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem Bewertungstag in der für den Fonds festgelegten Währung Euro (im folgenden «Basiswährung des Fonds» genannt).
5. Bei massiven Rücknahmeverlangen bleibt der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, nach vorheriger Zustimmung der Depotbank, die Anteile erst dann zum gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen, nachdem sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anteilinhaber, entsprechende Vermögenswerte veräußert hat.
6. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. Devisenrechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht zu vertretende Umstände der Überweisung des Rücknahmepreises entgegenstehen.
7. Sofern Sparpläne angeboten werden, wird ein Ausgabeaufschlag nur auf die tatsächlich geleisteten Zahlungen erhoben.

Art. 11. Ausgabe- und Rücknahmepreis.

1. Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile ermittelt die Verwaltungsgesellschaft oder ein von ihr beauftragter Dritter unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bewertungstag den Wert der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds (im folgenden 'Inventarwert' genannt). Dabei werden:
 - a) Investmentanteile zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet;
 - b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet, sofern die Depotbank zur Zeit der Bewertung diesen Kurs für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Papiere verkauft werden können;
 - c) flüssige Mittel zum Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
 - d) Festgelder zum Nominalwert zuzüglich Zinsen bewertet;
 - e) nicht auf die Basiswährung des Fonds lautende Vermögenswerte zu dem letzten Devisenmittelkurs in die Basiswährung des Fonds umgerechnet;
 - f) alle anderen Vermögenswerte zu ihrem jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben sowie allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbares Bewertungsregeln festlegt.

2. Die Berechnung des Anteilwerts erfolgt durch Teilung des Wertes des Sondervermögens durch die Zahl der am Bewertungstag umlaufenden Anteile (im folgenden «Inventarwert pro Anteil» genannt).

3. Bei Festsetzung des Ausgabepreises kann dem Inventarwert pro Anteil zur Abgeltung der Ausgabekosten ein Ausgabeaufschlag in Höhe von bis zu 5 % des Inventarwertes pro Anteil hinzugerechnet werden; sofern in einem Land, in dem Anteile ausgegeben werden, Stempelgebühren oder andere Belastungen anfallen, erhöht sich der Ausgabepreis entsprechend.

4. Rücknahmepreis ist der nach Absatz 1 ermittelte Inventarwert pro Anteil.

5. Anteilkauf- und Verkaufsaufträge, die bis 10.30 Uhr eingegangen sind, werden mit dem am nächstfolgenden Bewertungstag festgestellten Ausgabe- und Rücknahmepreis abgerechnet.

Art. 12. Aussetzung.

1. Die Errechnung des Inventarwerts sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen kann von der Verwaltungsgesellschaft zeitweilig ausgesetzt werden, wenn und solange

a) die Rücknahmepreise für Anteile von Zielfonds, in denen ein erheblicher Teil des Fondsvermögens angelegt ist, nicht verfügbar sind;

b) die Verwaltungsgesellschaft über Vermögenswerte nicht verfügen kann;

c) die Gegenwerte bei Käufen sowie Verkäufen nicht zu transferieren sind;

d) es unmöglich ist, die Ermittlung des Inventarwerts ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Aussetzung und Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung wird unverzüglich sämtlichen Anteilinhabern mitgeteilt, die ihre Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Art. 13. Kosten.

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf dem Fonds keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmearabschläge sowie keine Verwaltungsvergütung für Anteile von Zielfonds berechnen, die von ihr oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist. Hinsichtlich der Verwaltungsvergütung kann dies dadurch erreicht werden, daß die Verwaltungsgesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Investmentvermögen entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Investmentvermögen berechnete Verwaltungsvergütung kürzt.

2. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt unter Beachtung von Absatz 1 bis zu 2 % p.a., errechnet auf das Netto-Fondsvermögen des letzten Bewertungstags eines jeden Monats.

3. Die Depotbank erhält für die Verwahrung und Verwaltung der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,15 % p.a., errechnet auf das Netto-Fondsvermögen des letzten Bewertungstags eines jeden Monats.

4. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt monatlich zum Monatsende.

5. Die Depotbank erhält über die Vergütung gemäß Absatz 3 hinaus eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125 % jeder Vermögenswertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

6. Neben diesen Vergütungen und Gebühren gehen unter Beachtung von Absatz 1 die folgenden Aufwendungen zu lasten des Fonds:

a) Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Kosten;

b) Kosten für die Erstellung und den Versand der Prospekte, Verwaltungsreglements sowie der Rechenschafts- und Halbjahresberichte;

c) Kosten der Veröffentlichung der Prospekte, Verwaltungsreglements, Rechenschafts- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie der Bekanntmachungen an die Anteilinhaber;

d) Prüfungs- und Rechtsberatungskosten für den Fonds;

e) Kosten und eventuell anfallende Steuern im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung;

f) Kosten, die im Zusammenhang mit Ausschüttungen des Fonds entstehen;

g) Kosten etwaiger Börseneinführungen und/oder der Registrierung der Anteile zum öffentlichen Vertrieb;

h) Kosten für die Bonitätsbeurteilung des Fonds insgesamt durch national und international anerkannte Ratingagenturen;

i) Kosten der Gründung des Fonds, die zunächst von der Verwaltungsgesellschaft getragen wurden und dem Dachfonds in gleichmäßigen monatlichen Teilbeträgen über einen Zeitraum von maximal fünf Jahren in Rechnung gestellt werden.

Art. 14. Rechnungslegung.

1. Der Fonds und dessen Buchführung werden durch eine Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft geprüft, die von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

2. Spätestens vier Monate nach dem Ende eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht für den Fonds.

3. Längstens zwei Monate nach Ablauf der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht für den Fonds.

4. Die Rechenschafts- und Halbjahresberichte sind bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen erhältlich.

5. Die Verwaltungsgesellschaft wird im jeweiligen Rechenschafts- und Halbjahresbericht des Dachfonds den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmearabschläge angeben, die im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rückgabe von Anteilen an Zielfonds angefallen sind, sowie die Vergütung angeben, die dem Dachfonds von einer anderen Verwaltungsgesellschaft oder einer Investmentgesellschaft einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft für die im Fondsvermögen des Dachfonds gehaltenen Anteile berechnet wurde.

Art. 15. Dauer und Auflösung des Fonds sowie Kündigung der Verwaltungsgesellschaft.

1. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch Beschuß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verwaltung des Fonds mit einer Frist von mindestens drei Monaten kündigen. Die Kündigung wird im Mémorial sowie in dann zu bestimmenden Tageszeitungen der Länder veröffentlicht, in denen Anteile des Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds zu verwalten. In diesem Falle geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Depotbank über, die ihn gemäß Absatz 3 abzuwickeln und den Liquidationserlös an die Anteilinhaber zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die Verwaltungsvergütung entsprechend Artikel 13 beanspruchen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann sie jedoch von der Abwicklung und Verteilung absehen und die Verwaltung des Fonds nach Maßgabe des Verwaltungsreglements einer anderen Luxemburger Verwaltungsgesellschaft übertragen.

3. Wird der Fonds aufgelöst, ist dies im Mémorial sowie zusätzlich in drei Tageszeitungen zu veröffentlichen. Die Verwaltungsgesellschaft wird zu diesem Zweck neben einer luxemburgischen Tageszeitung, Tageszeitungen der Länder auswählen, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen werden am Tage der Beschußfassung über die Auflösung des Fonds eingestellt. Die Vermögenswerte werden veräußert und die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der von ihr oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern nach deren Anspruch verteilen. Liquidationserlöse, die nach Abschluß des Liquidationsverfahrens nicht von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden, sofern gesetzlich erforderlich, in Euro konvertiert und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, sofern sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Art. 16. Änderungen des Verwaltungsreglements.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Art. 17. Verjährung von Ansprüchen.

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden.

Art. 18. Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vertragssprache.

1. Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.

2. Rechtsstreitigkeiten zwischen den Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegen der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds dem Recht und der Gerichtsbarkeit anderer Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, zu unterwerfen, sofern dort ansässige Anleger bezüglich Erwerb und Rückgabe von Anteilen Ansprüche gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank geltend machen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen von Ländern als verbindlich erklären, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Art. 19. Anlagepolitik.

1. Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines attraktiven Wertzuwachses in der Basiswährung Euro. Dazu wird das Fondsvermögen überwiegend, d.h. zu mindestens 51 %, in Anteile an Geldmarkt-, Wertpapier-, Beteiligungs-, Grundstücks- sowie gemischten Wertpapier- und Grundstücks-Investmentvermögen angelegt. Anteile an Future-, Venture-Capital-, oder Spezialfonds dürfen für den Dachfonds nicht erworben werden. Unter Beachtung der Voraussetzungen gemäß Absatz 1 wird die Verwaltungsgesellschaft das Fondsvermögen ausschließlich in Anteile investieren von

a) Investment-Sondervermögen, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt sind;

b) offenen Investmentfonds und Investmentgesellschaften, die nach den Bestimmungen des AuslInvestmG in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen und den Anteilinhabern das Recht zur jederzeitigen Rückgabe ihrer Anteile eingeräumt haben;

c) offenen Investmentfonds und Investmentgesellschaften, die den Anteilinhabern das Recht zur jederzeitigen Rückgabe ihrer Anteile eingeräumt haben und in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investmentaufsicht unterliegen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft wählt zur Anlage des Fondsvermögens grundsätzlich nur solche Anteile von Zielfonds aus, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, der Schweiz, den USA, Kanada, Hong Kong oder Japan aufgelegt worden sind und die in ihren Ursprungsländern einer funktionierenden Investmentaufsicht sowie Streuvorschriften unterliegen, die dem Luxemburger Investmentgesetz vom 30. März 1988 vergleichbar sind. Das Fondsvermögen kann bis zur vollen Höhe in Anteile ausländischer Zielfonds investiert werden.

3. Für den Fonds werden überwiegend Anteile an offenen Aktienfonds erworben. Je nach Einschätzung der Märkte kann das Fondsvermögen auch vollständig in diese Fondskategorie investiert sein. Daneben können jedoch insbesondere auch Anteile an gemischten Wertpapierfonds, Rentenfonds, geldmarktnahen Fonds und Geldmarktfonds gehalten werden.

4. Bei Auswahl der Aktienfonds, in deren Anteile das Fondsvermögen investiert ist, wird die Verwaltungsgesellschaft Fonds mit unterschiedlichen Managementstilen kombinieren. Dazu zählen insbesondere die «Value-Orientierung» (Investition in unterbewertete Aktien), die «Growth-Orientierung» (Investition in Aktien mit überdurchschnittlichem Ertragswachstum) und die «Index-Orientierung» (Investition in ein Aktienportefeuille, das den jeweiligen Index nachbildet).

Art. 20. Ausschüttungen.

1. Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt jedes Jahr, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung entsprechend den in Luxemburg gültigen Bestimmungen erfolgt.
2. Ausschüttungen erfolgen auf die am Ausschüttungstag umlaufenden Anteile.
3. Für den Fonds wird ein Ertragsausgleichskonto geführt.
4. Ausschüttungsbeträge, die nach fünf Jahren ab dem Datum der Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht wurden, verfallen zu Gunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszuzahlen.

Art. 21. Zusammenschluß.

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann den Fonds mit einem anderen Sondervermögen luxemburgischen Rechts zusammenschließen, das unter den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen fällt.

Art. 22. Geschäftsjahr.

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Dezember und endet am 30. November. Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Gründung und endet am 30. November 2001.

Art. 23. Inkrafttreten.

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 1. Dezember 2000 in Kraft.

Luxemburg, den 31. Oktober 2000.

OPPENHEIM INVESTMENT MANAGEMENT INTERNATIONAL S.A.

Unterschriften

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 12 décembre 2000, vol. 547, fol. 18, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(71497/000/362) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 décembre 2000.

FEDERATION GENERALE DES INSTITUTEURS LUXEMBOURGEOIS, Société Coopérative.

Siège social: L-1490 Luxembourg, 19, rue d'Epernay.

Nouvelle composition du Conseil d'Administration

de la FEDERATION GENERALE DES INSTITUTEURS LUXEMBOURGEOIS, Société Coopérative

Président: Ed. Kirsch, 35, rue Van der Meulen, L-2152 Luxembourg.

Vice-président: André Glodt, 39, rue Lésigny, L-5753 Frisange.

Trésorière: Jeanne Welter, 2, rue comte de Ferraris, L-1518 Luxembourg.

Secrétaire: Nicolas Weyland, 50, rue de l'Hôpital, L-4137 Esch-sur-Alzette,
Jean-Claude Reding, 108, rue P. Krier, L-1880 Luxembourg.

Assesseurs: René Worré, 32, rue de l'Europe, L-7225 Bereldange,
Pierre Clees, 21, Gromscheid, L-1670 Senningerberg,
Fernand Weiler, 220, rue de Cessange, L-1321 Luxembourg,
Yolande Casali, 54, rue du Nord, L-4260 Esch-sur-Alzette.

Pour le Conseil d'Administration de FGIL

J.-C. Reding - N. Weyland / E. Kirsch

Secrétaire - Secrétaire / Président

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2000, vol. 545, fol. 46, case 10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(60869/000/22) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 octobre 2000.

ACM EUROPEAN DIVERSIFIED BOND FUND.*Amendment of Management Regulations*

Upon decision of ALLIANCE CAPITAL (LUXEMBOURG) S.A., acting as Management Company of ACM EUROPEAN DIVERSIFIED BOND FUND (the «Fund»), the Management Regulations of the Fund have been amended as follows:

- all the references to CITIBANK (LUXEMBOURG) S.A., as custodian of the Fund, are replaced by references to CITIBANK INTERNATIONAL PLC (Luxembourg branch), as new custodian of the Fund.

The above amendments will be effective as from the 1st January, 2001.

Luxembourg, 6th December, 2000.

ALLIANCE CAPITAL (LUXEMBOURG) S.A.

as Management Company

Signature

CITIBANK (LUXEMBOURG) S.A.

as Custodian

P. Goodman

Vice-President

CITIBANK INTERNATIONAL PLC (Luxembourg branch)

as futur Custodian

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 8 décembre 2000, vol. 546, fol. 100, case 10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(69401/260/25) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 8 décembre 2000.

EFG MULTI-MANAGER FUND, Fonds Commun de Placement.

MANAGEMENT REGULATIONS

1) The Fund

EFG MULTI-MANAGER FUND (the «Fund») has been created on January 3, 2000 as an undertaking for collective investment governed by the laws of the Grand Duchy of Luxembourg. The Fund has been organized under Part II of the Luxembourg Law of 30 March 1988 on undertakings for collective investment (the «Law of 30 March 1988»), in the form of an open-ended mutual investment fund («fonds commun de placement»), as an unincorporated co-ownership of transferable securities and other assets permitted by law.

The Fund shall consist of different sub-funds (collectively «Sub-Funds» and individually «Sub-Fund») to be created pursuant to Art. 4 hereof.

The assets of each Sub-Fund are solely and exclusively managed in the interest of the co-owners of the relevant Sub-Fund (the «Unitholders») by EFG MULTI-MANAGER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. (the «Management Company»), a company incorporated under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg and having its registered office in Luxembourg.

The assets of the Fund are held in custody by EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. (the «Custodian»). The assets of the Fund are segregated from those of the Management Company.

By purchasing Units (the «Units») of one or more Sub-Funds, any Unitholder fully approves and accepts these management regulations (the «Management Regulations») which determine the contractual relationship between the Unitholders, the Management Company and the Custodian. The Management Regulations and any future amendments thereto shall be published in the «Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations» (the «Mémorial»). They shall further be filed with the District Court of Luxembourg and copies thereof shall be available at the Chancery of the District Court.

2) The Management Company

EFG MULTI-MANAGER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. is the Management Company of the Fund. The Management Company is organised in the form of a public limited company («société anonyme») under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg and has its registered office in Luxembourg City. The Management Company manages the assets of the Fund in compliance with the Management Regulations in its own name, but for the sole benefit of the Unitholders of the Fund.

The Board of Directors of the Management Company shall determine the investment policy of the Sub-Funds within the objectives set forth in Art. 3 and the restrictions set forth in Art. 14 hereafter.

The Board of Directors of the Management Company shall have the broadest powers to administer and manage each Sub-Fund within the restrictions set forth in Art. 14 hereof, including but not limited to the purchase, sale, subscription, exchange and receipt of securities and other assets permitted by law and the exercise of all rights attached directly or indirectly to the assets of the Fund.

3) Investment objectives and policies

The EFG MULTI-MANAGER FUND is principally a fund of funds investing at least 20% of its net assets in a range of regulated and non-regulated open-ended collective investment schemes, which invest directly into a broad spread of financial markets focussing primarily on equities but also including deposits, currencies and commodities.

The Investment Manager uses a structured approach to the management of investors' wealth. It is based on a series of strategies which vary according to the investors' risk-return objectives.

Each strategy has a specific benchmark or neutral position against which asset allocation decisions are taken.

The EFG MULTI-MANAGER FUND is part of the asset allocation process. Each Sub-Fund of the Fund in turn invests in external funds or collective investment schemes, which meet the stringent investment criteria needed to qualify for inclusion. The collective investment schemes chosen are themselves managed by external specialist managers whose selection is dependent upon rigorous due diligence by the Investment Manager.

The expense involved in establishing and monitoring a suitably diversified portfolio of direct investments can prove to be prohibitive to individual investors, and collective investment schemes provide a cost-effective alternative to achiev-

ing this objective themselves. In addition, the use of collective investment schemes can help to reduce the level of risk by allowing a much broader diversification of stocks than is feasible with a directly invested portfolio. These benefits increase the more use is made of external funds. In the case of EFG, it is the policy at any time to hold a number of external funds as a matter of course in each regional category.

However, its Investment Manager believes it is essential to have extensive and detailed knowledge of individual fund managers and the way in which they manage their funds, as well as information about the shares or other securities in which their funds are invested. A constantly updated list of the best performing external funds is kept under active review by its Investment Manager appraising fund issues such as:

- Performance in absolute and relative terms.
- Volatility.
- Reputation of investment group and the individual manager responsible for the fund in question.
- Investment Groups style and philosophy and those of the manager.
- Investment Groups experience and that of the manager.
- Size of fund.
- Domicile and reference currency.
- Use of hedging.

There can, however, be no assurance that the investment objective will be achieved.

The specific investment policies and restrictions applicable to any particular Sub-Fund shall be determined by the Management Company and disclosed in the sales documents of the Fund.

4) Sub-Funds and Categories of units

For each Sub-Fund, a separate portfolio of investments and assets will be maintained. The different portfolios will be separately invested in accordance with the investment objectives and policies of each Sub-Fund as described in Enclosure II of the Prospectus of the Fund.

Each Sub-Fund is authorised to issue Units of different Categories, each Category having one or more distinct features such as different front-end charges, redemption charges, management fees or minimum amounts of investment, a hedging policy to cover against the fluctuation of currency exchange rates or being entitled to dividends or not being entitled to dividends.

Within a Sub-Fund, all Units of the same Category have equal rights and privileges. Details regarding the rights and other characteristics attributable to the relevant Categories of Units shall be disclosed in the sales documents of the Fund.

5) The Units

5.1. The Unitholders

Except as set forth in section 5.4. below, any natural or legal person may be a Unitholder and own one or more Units of any Category in each Sub-Fund on payment of the applicable subscription or acquisition price.

Each Unit is indivisible in respect of the rights conferred to it. In their dealings with the Management Company or the Custodian, the co-owners or disputants of Units, as well as the bare owners and the usufructuaries of Units, must be represented by the same person. The exercise of rights attached to the Units may be suspended until these conditions are met.

Neither the Unitholders nor their heirs or successors may request the liquidation or the sharing-out of the Fund and shall have no rights with respect to the representation and management of the Fund and their death, incapacity, failure or insolvency shall have no effect on the existence of the Fund.

No general meetings of Unitholders shall be held and no voting rights shall be attached to the Units.

5.2. Reference Currency

The Units in any Sub-Fund shall be issued without par value in such currency as determined by the Management Company and disclosed in the sales documents of the Fund (the currency in which the Units in a particular Sub-Fund are issued being the «Reference Currency»).

5.3. Form, Ownership and Transfer of Units

Units in any Sub-Fund are issued in registered form only.

The inscription of the Unitholder's name in the register of Units evidences his or her right of ownership of such Units. The Unitholder shall receive a written confirmation of his or her holding; no certificates shall be issued.

Fractions of registered Units will be issued to one thousandth of a Unit, whether resulting from subscription or conversion of Units.

Title to Units is transferred by the inscription of the name of the transferee in the register of Unitholders upon delivery to the Management Company of a transfer document, duly completed and executed by the transferor and the transferee.

5.4. Restrictions on Subscription and Ownership

The Management Company may, at any time and at its discretion, temporarily discontinue, terminate or limit the issue of Units to persons or corporate bodies resident or established in certain countries or territories. The Management Company may also prohibit certain persons or corporate bodies from directly or beneficially acquiring or holding Units if such a measure is necessary for the protection of the Fund or any Sub-Fund, the Management Company or the Unitholders of the Fund or of any Sub-Fund.

In addition, the Management Company may direct the Registrar and Transfer Agent of the Fund to:

- (a) reject any application for Units;
- (b) redeem at any time Units held by Unitholders who are excluded from purchasing or holding such Units.

In the event that the Management Company gives notice of a compulsory redemption for any of the reasons set forth above to a Unitholder, such Unitholder shall cease to be entitled to the Units specified in the redemption notice immediately after the close of business on the date specified therein.

6) Issue and redemption of units

6.1. Issue of Units

Except as otherwise stipulated in the Prospectus of the Fund, Units are made available through the Management Company on a continuous basis in each Sub-Fund.

The Management Company may conclude contractual arrangements with intermediaries, dealers and/or professional investors for the distribution of the Units and entrust them with such duties and pay them such fees as shall be disclosed in the sales documents of the Fund.

The Management Company may impose restrictions on the frequency at which Units shall be issued in any Sub-Fund.

In some Sub-Funds, Units shall be issued on a daily basis and in other Sub-Fund(s), Units shall be issued on a weekly or a monthly basis, the relevant business day (the «Business Day») having been designated by the Management Company to be a valuation day for the relevant Sub-Fund (the «Valuation Day»), subject to the right of the Management Company to discontinue temporarily such issue as provided in Art. 15.3. Whenever used herein, the term «Business Day» shall mean a day on which banks and the stock exchange are open for business in Luxembourg City.

The price per Unit will be the Net Asset Value («NAV») per Unit of the relevant Category of Units within each Sub-Fund calculated on the Valuation Day together with any applicable sales charges (which may not exceed a maximum of 5% of the NAV or initial offer price, as the case may be). Subject to the laws, regulations, stock exchange rules or banking practices in a country where a subscription is made, taxes or costs may be charged additionally.

Investors may be required to complete a subscription agreement for Units or other documentation satisfactory to the Management Company indicating that the purchaser is not a U.S. Person. Subscription agreements containing such representations are available from the Management Company or the Fund's duly appointed agents. For subsequent subscriptions, instructions may be given by fax, telex or by post.

Payments shall be made within five (5) Business Days after the Valuation Day by electronic bank transfer net of all bank charges (except where local banking practices do not allow electronic bank transfers) and in the Reference Currency of the relevant Sub-Fund or in any other currency (in which case the currency conversion costs shall be borne by the investor) to the bank account published by the Registrar and Transfer Agent. Failing this payment, application will be considered as cancelled.

If in any country in which the Units are offered, local law or practice requires or permits a lower sales charge than that listed in the sales documents of the Fund for any individual purchase order for Units, the Management Company may offer such Units for sale within such country at a total price less than the applicable price set forth in the sales documents of the Fund, but in accordance with the maximum amounts permitted by the law or practice of such country.

The Management Company will not issue Units as of a particular Valuation Day unless the application for subscription of such Units has been received by the Registrar and Transfer Agent (on behalf of the Management Company or directly from the subscriber) by a time dictated by the Management Company on the Business Day immediately preceding the Valuation Day (the «Dealing Day») as more fully described in the Prospectus of the Fund; otherwise such application shall be deemed to have been received on the next following Business Day.

The Management Company reserves the right to reject any subscription in whole or in part, in which case subscription monies paid, or the balance thereof, as appropriate, will normally be returned to the applicant within 8 Business Days thereafter, provided such subscription monies have cleared, or to suspend at any time and without prior notice the issue of Units in one, several or all of the Sub-Funds.

No Units of any Category and Sub-Fund will be issued during any period when the calculation of the NAV per Unit in such Category or Sub-Fund is suspended by the Management Company, pursuant to the powers reserved to it by Art. 15.3. of the Management Regulations.

In the case of suspension of dealings in Units, the subscription will be dealt with on the first Valuation Day following the end of such suspension period.

The Management Company may agree to issue Units as consideration for a contribution in kind of securities to any Unitholder who agrees, in compliance with the conditions set forth by the Management Company, in particular the obligation to deliver a valuation report from the auditor of the Fund («réviseur d'entreprises agréé») which shall be available for inspection, and provided that such securities comply with the investment objectives and policies of the relevant Sub-Fund described in the sales documents for the Units of the Fund. Any costs incurred in connection with a contribution in kind of securities shall be borne by the relevant Unitholders.

To the extent that a subscription does not result in the acquisition of a full number of Units, fractions of registered Units shall be issued to one thousandth of a Unit.

In order to preserve the Unitholders' rights, the Management Company may decide to suspend the subscription process to guaranty an efficient portfolio management. Minimum amounts of initial and subsequent investments for any Sub-Fund may be set by the Management Company and disclosed in the sales documents of the Fund.

6.2. Minimum Investment and Holding

The minimum initial investment in any one Sub-Fund is $10,000 or its equivalent in the Reference Currency of the relevant Sub-Fund. The minimum subsequent investment in any one Sub-Fund is $1,000 or its equivalent in the Reference Currency of the relevant Sub-Fund. The minimum holding requirement is $10,000 or its equivalent in the Reference Currency of the relevant Sub-Fund and a redemption or conversion request which would reduce the value at such time of any holding to below such respective amount may be treated as a request to redeem or convert the whole of such Unitholding.

6.3. Redemption of Units

Except as provided in Art. 15.3., Unitholders may at any time request redemption of their Units.

Redemptions will be made at the Net Asset Value per Unit in the relevant Sub-Fund and Category (the «Redemption Price») on any Valuation Day, provided that the applications have been received by the Registrar and Transfer Agent (on behalf of the Management Company or directly from the subscriber) by a time dictated by the Management Company acting on behalf of the Fund, in Luxembourg on the Dealing Day, as more specifically described in the Prospectus of the Fund. Applications received after that time will be processed on the next Valuation Day.

Within each Sub-Fund and as stated before, Units will be redeemed at the Redemption Price. The Board of Directors of the Management Company reserves however the right to introduce a redemption charge in other circumstances if and when appropriate. In such event, the Prospectus and Management Regulations will be amended accordingly. The Redemption Price may be higher or lower than the price paid at the time of the subscription or purchase.

Instructions for the redemption of Units should be made by fax, telex or by post. Applications for redemption should contain the following information (if applicable): the identity and address of the Unitholder requesting the redemption, the relevant Sub-Fund, the relevant Category and the number of Units or currency amount to be redeemed, the name in which such Units are registered and full payment details, including name of beneficiary, bank and account number. All necessary documents to fulfil the redemption should be enclosed with such application.

Redemption requests by a Unitholder who is not a physical person must be accompanied by a document evidencing authority to act on behalf of such unitholder or power of attorney which is acceptable in form and substance to the Management Company. Redemption requests made in accordance with the foregoing procedure shall be irrevocable, except that a Unitholder may revoke such request in the event that it cannot be honoured for any of the reasons specified in Art. 15.3. hereof.

The Management Company shall ensure that an appropriate level of liquidity is maintained so that redemption of Units in each Sub-Fund may, under normal circumstances, be made promptly upon request by Unitholders.

Upon instruction received from the Management Company, payment of the redemption price will be made by wire and/or cheque not later than five (5) Business Days (or 20 days for one or several Sub-Funds as more fully described in the Prospectus) from the relevant Valuation Day, or from the date on which the redemption request details have been received by the Management Company whichever is the latter date. Payment to such Units will be made in the Reference Currency of the relevant Sub-Fund or in any freely convertible currency specified by the Unitholder. In the last case, any conversion cost shall be borne by the Unitholder.

Units in any Sub-Fund will not be redeemed if the calculation of the NAV per Unit of such Sub-Fund is suspended by the Management Company in accordance with Art. 15.3.

Furthermore, if on any Valuation Day, redemption requests and conversion requests relate to more than 15% of the Units in issue in a specific Sub-Fund, the Board of Directors may decide that part or all of such requests for redemption or conversion will be deferred for such period as the Board of Directors considers to be in the best interests of the relevant Sub-Fund, but normally not exceeding one Valuation Day as described in the Prospectus. On the next Valuation Day following such period, these redemption and conversion requests will be met in priority to later requests.

If on any given date payment on substantial redemption requests may not be effected out of the relevant Sub-Fund's assets or authorized borrowing, the Management Company may, upon consent of the Custodian, defer redemptions for such period as is considered necessary to sell part of the relevant Sub-Fund's assets in order to be able to meet the substantial redemption requests.

If, as a result of any request for redemption, the aggregate Net Asset Value of all the Units held by any Unitholder in any Sub-Fund should fall below the minimum amount referred to in Art. 6.1 hereof, the Management Company may treat such request as a request to redeem the entire holding of such Unitholder in the relevant Sub-Fund.

7) Conversion

Except as otherwise specified in the sales documents of the Fund, Unitholders who wish to convert all or part of their Units of one Category and from one Sub-Fund into Units of another Sub-Fund or Units from one Sub-Fund into units or shares of another Luxembourg fund sponsored by EFG must submit an application by fax, telex or by post to the Registrar and Transfer Agent, specifying the Sub-Fund or Sub-Funds of the Category or Categories concerned and the number of Units they wish to convert.

Instructions for the conversion of Units may be made by fax, telex or by post.

A conversion of Units of one Sub-Fund into units or shares of another Luxembourg fund sponsored by EFG will be treated as a redemption of Units and a simultaneous purchase of units or shares of the Luxembourg fund sponsored by EFG. A converting Unitholder may, therefore, realise a taxable gain or loss in connection with the conversion under the laws of the country of the Unitholder's citizenship, residence or domicile.

Units may be tendered for conversion on any Valuation Day.

All terms and notices regarding the redemption of Units shall equally apply to the conversion of Units.

No conversion of Units will be effected until a duly completed conversion request form or other written notification acceptable to the Registrar and Transfer Agent has been received at the registered office of the Registrar and Transfer Agent.

In converting Units, the Unitholder must meet the applicable minimum investment requirements referred to in Art. 6.2 hereof.

If, as a result of any request for conversion, the aggregate Net Asset Value of all the Units held by any Unitholder in any Sub-Fund would fall below the minimum amount referred to in Art. 6.2 hereof, the Management Company may treat such request as a request to convert the entire holding of such Unitholder in the relevant Sub-Fund.

Conversions will be made on the basis of the respective NAVs of the relevant Units, calculated as of the relevant Valuation Day(s) following receipt by the Registrar and Transfer Agent (on behalf of the Management Company or di-

rectly from the subscriber) of the documents mentioned in the Prospectus of the Fund. There is no conversion fee for the time being.

8) Charges of the Fund

The Custodian, in its capacities as Custodian, Paying Agent, Domiciliary and Corporate Agent, and Registrar and Transfer Agent is entitled to such fees as will be determined from time to time by agreement between the Management Company and the Custodian. Such fee will be calculated in accordance with customary banking practice in Luxembourg, based on the Net Asset Value of the Sub-Funds and payable monthly in arrears out of the assets of the relevant Sub-Fund. Unitholders should also refer to the sections «General Risk Considerations» and «Charges and Expenses» as described in the Prospectus of the Fund.

The Fund will pay to the Management Company, when applicable, management fees from the assets of each Sub-Fund or Category payable monthly in arrears, calculated as a percentage figure of the average NAV corresponding to the relevant Sub-Fund or Category.

There will be no management fees payable to the Management Company for investments in other EFG funds.

The Management Company will pass on part or all of its fee received to the Investment Manager(s) as agreed from time to time. However, the Management Company reserves the right to pay to the Investment Manager(s), out of the relevant Sub-Funds assets, a performance fee determined and calculated as disclosed in the Prospectus of the Fund. The Investment Manager(s) shall be responsible for paying the remuneration due to any Sub-Investment Manager out of its fee.

Other costs and expenses charged to the Fund include:

- All taxes which may be due on the assets and the income of the Sub-Funds; Usual brokerage fees due on transactions involving securities held in the portfolio of the Sub-Funds (such fees to be included in the acquisition price and to be deducted from the selling price);

- Legal expenses incurred by the Management Company or the Custodian while acting in the interest of the Unitholders of the Fund;

- All expenses payable by the Sub-Fund which shall include but not be limited to formation expenses, fees and expenses payable to its accountants, Custodian and its correspondents, Domiciliary and Corporate Agent, Registrar and Transfer Agent, its Listing Agent, any Paying Agent, and permanent representatives in places of registration, as well as any other agent employed by the Fund, the remuneration of the Directors, their insurance coverage, and reasonable travelling costs and out of pocket expenses in connection with board meetings, fees and expenses for legal and auditing services, any fees and expenses involved in registering and maintaining the registration of the Fund with any governmental agencies or stock exchanges in the Grand Duchy of Luxembourg and in any other country, reporting and publishing expenses, including the costs of preparing, printing, advertising and distributing prospectuses, management regulations, explanatory memoranda, periodical reports or registration statements, and the costs of any reports to Unitholders, all taxes, duties, governmental and similar charges, and all other operating expenses, including the cost of buying and selling assets, interest, bank charges and brokerage, postage, telephone and telex. The Fund may accrue administrative and other expenses of a regular or recurring nature based on an estimated amount rateably for yearly or other periods.

All liabilities of any Sub-Fund, unless otherwise agreed upon by the creditors of such Sub-Fund, shall be binding on and may be claimed from the Fund as a whole.

Charges relating to the creation of a new Sub-Fund shall be amortised over a period not exceeding five years against the assets of that Sub-Fund and in such amounts in each year as determined by the Management Company on an equitable basis. The newly created Sub-Fund shall not bear a prorata of the costs and expenses incurred in connection with the formation of the Fund and the initial issue of Units, which have not already been written off at the time of the creation of the new Sub-Fund.

9) Accounting year; audit

The accounts of the Fund are closed each year on December 31 and for the first time closed on December 31, 2000.

The combined accounts of the Fund shall be kept in USD. The financial statements relating to the separate Sub-Funds shall also be expressed in the Reference Currency for the Sub-Funds.

The accounts of the Management Company and of the Fund will be audited annually by an auditor appointed from time to time by the Management Company.

10) Publications

The Fund publishes annually a detailed audited report on its activities and on the management of its assets; such report shall include, inter alia, the combined accounts relating to all the Sub-Funds, a detailed description of the assets of each Sub-Fund and a report from the Auditor. The Fund further publishes semi-annual unaudited reports, including, inter alia, a description of the investments underlying the portfolio of each Sub-Fund and the number of Units issued and redeemed since the last publication.

The aforementioned documents will be sent to registered Unitholders within four months for the annual reports and two months for the semi-annual reports of the date thereof and copies may be obtained free of charge by any person at the registered office of the Fund.

Any other financial information concerning the Fund or the Management Company, including the periodic calculation of the Net Asset Value per Unit of each Category within each Sub-Fund, the issue, redemption and conversion prices will be made available at the registered offices of the Management Company, the Custodian and the Registrar and Transfer Agent. Any other substantial information concerning the Fund or any Sub-Fund may be published in such newspaper(s) and notified to Unitholders in such manner as may be specified from time to time by the Management Company.

11) The custodian, paying agent, domiciliary and corporate agent, and registrar and transfer agent

The Management Company shall appoint and terminate the appointment of the Custodian of the assets of the Fund. EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A., a public limited company organized and licensed to engage in banking operations under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, with its registered office in Luxembourg, has been appointed as Custodian.

Each of the Custodian or the Management Company may terminate the appointment of the Custodian at any time upon ninety (90) days' written notice delivered by either to the other, provided, however, that any termination by the Management Company is subject to the condition that a successor custodian assumes within two months the responsibilities and the functions of the Custodian under these Management Regulations and provided, further, that the duties of the Custodian hereunder shall, in the event of a termination by the Management Company, continue thereafter for such period as may be necessary to allow for the transfer of all assets of the Fund to the successor custodian.

In the event of the custodian's resignation, the Management Company shall forthwith, but not later than two months after the resignation, appoint a successor custodian who shall assume the responsibilities and functions of the Custodian under these Management Regulations.

All securities and other assets of the Fund shall be held in custody by the Custodian on behalf of the Unitholders of the Fund. The Custodian may, with the approval of the Management Company, entrust to banks and other financial institutions all or part of the assets of the Fund. The Custodian may hold securities in fungible or nonfungible accounts with such clearing houses as the Custodian, with the approval of the Management Company, may determine. The Custodian may dispose of the assets of the Fund and make payments to third parties on behalf of the Fund only upon receipt of proper instructions from the Management Company or its duly appointed agent(s). Upon receipt of such instructions and provided such instructions are in compliance with these Management Regulations, the Custodian Agreement and applicable law, the Custodian shall carry out all transactions with respect of the Fund's assets.

The Custodian shall assume its functions and responsibilities in accordance with the Law of 30 March 1988 on undertakings for collective investment, as such law may be amended from time to time. In particular, the Custodian shall:

- (a) ensure that the sale, issue, redemption, conversion and cancellation of Units effected on behalf of the Fund or by the Management Company are carried out in accordance with applicable law and these Management Regulations;
- (b) carry out the instructions of the Management Company, unless they conflict with applicable law or these Management Regulations;
- (c) ensure that in transactions involving the assets of the Fund any consideration is remitted to it within the customary settlement dates; and
- (d) ensure that the income attributable to the Fund is applied in accordance with these Management Regulations.

Any liability that the Custodian may incur with respect to any damage caused to the Management Company, the Unitholders or third parties as a result of the defective performance of its duties hereunder will be determined under the laws of the Grand Duchy of Luxembourg.

The Management Company has further appointed EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. as the Fund's paying agent (the «Paying Agent») responsible for the payment of distributions, if any, and for the payment of the Redemption Price by the Fund.

The Management Company has also appointed EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. as the Fund's domiciliary and corporate agent (the «Domiciliary and Corporate Agent»). In such capacity, it will be responsible for all administrative duties required by Luxembourg law, and in particular for the book-keeping and calculation of the NAV of the Units.

The rights and duties of EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. as Paying Agent, Domiciliary and Corporate Agent, are governed by an agreement entered into for an unlimited period of time from the date of its signature. It may be terminated by the Management Company or the Custodian on giving 90 days' prior notice. Lastly, the Management Company has appointed EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. as the Fund's registrar (the «Registrar») and transfer agent (the «Transfer Agent»); in such capacity, it will be responsible for handling the processing of subscriptions for Units, dealing with requests for redemption and conversion and accepting transfers of funds, for the safe-keeping of the register of Unitholders of the Fund and providing and supervising the mailing of statements, reports, notices and other documents to the Unitholders.

The appointment of EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A. as Registrar and Transfer Agent was made under an agreement which provides that the appointment continues for an unlimited period of time from the date of its signature. It may be terminated by the Management Company or the Registrar and Transfer Agent on giving 90 days' prior notice.

12) The investment manager(s)

The Management Company may enter into a written agreement with one or more persons to act as investment manager (the «Investment Manager(s)») for the Fund and to render such other services as may be agreed upon by the Management Company and such Investment Manager(s). The Investment Manager(s) shall provide the Management Company with advice, reports and recommendations in connection with the management of the Fund, and shall advise the Management Company as to the selection of the securities and other assets constituting the portfolio of each Sub-Fund. Furthermore, the Investment Manager(s) shall, on a day-to-day basis and subject to the overall control and ultimate responsibility of the Board of Directors of the Management Company, purchase and sell securities and otherwise manage the Fund's portfolio and may, subject to the approval of the Management Company and of the competent regulatory authority, sub-delegate all or part of their functions hereunder. Such agreement(s) may provide for such fees and contain such terms and conditions as the parties thereto shall deem appropriate. Notwithstanding such agreement(s), the Management Company shall remain ultimately responsible for the management of the Fund's assets.

13) The listing agent

The Management Company has appointed CREDIT AGRICOLE INDOSUEZ LUXEMBOURG S.A., having its registered office at 39, Allée Scheffer, L-2520 Luxembourg for the listing of the Units of each Sub-Fund on the Luxembourg Stock Exchange.

14) Investment restrictions, techniques and instruments

14.1. Investment Restrictions

The investment policy shall comply with the following rules and restrictions:

1. In respect of the Fund's investments in units or shares of other open-closed-ended UCI

The portion of the net assets of the Fund invested in other UCI shall be represented by units or shares of open-ended UCI, subject to Luxembourg law.

A) Investment in open-ended UCI shall only be possible in the following conditions:

(i) the Fund may not acquire per Sub-Fund and for all the Sub-Funds taken together more than 10% of the units or shares of the same kind issued by the same sub-fund of the same UCI; except that upon the acquisition by the Fund of shares or units of a UCI belonging to a group of UCI sharing similar objectives and managed by the same management company, the 10% limit shall apply to the aggregate shares or units issued by such UCI;

(ii) the Fund may not invest more than 10% of the net assets of each Sub-Fund in shares or units of the same UCI.

By derogation, the above restrictions under (i) and (ii) shall not apply to investments in UCI of the open-ended type subject to risk diversification rules similar to those provided for in respect of UCI governed by Part I or Part II of the Luxembourg law of March 30, 1988 provided that such UCIs are submitted in their state of origin to a permanent control carried out by a regulatory authority set up by law in order to ensure the protection of investors (such as any EU Member State, Switzerland and Hong Kong). Such derogation may not, at any time, result in an excessive concentration of investment in any one UCI. Investment by the Fund in other UCIs, the objective of which is to invest themselves in venture capital, fund of funds, real estate or futures contracts and/or related options is excluded.

When the Fund invests in UCI managed by the Promoter, no sales commission or redemption charges (in respect of such UCI) may be charged to the Fund.

2. In respect of the Fund's investments in transferable securities

The Fund may invest (i) in closed-ended UCI, the securities of which are considered as transferable securities and (ii) in securities of issuers other than UCI, provided that it shall not:

(i) invest more than 10% of its net assets in transferable securities which are not listed on a stock exchange nor traded on another regulated market which operates regularly, is recognised and open to the public, except if specified otherwise for one or several Sub-Funds of the Fund in the Prospectus;

(ii) acquire more than 10% of the securities of the same kind issued by the same issuing body, except if specified otherwise for one or several Sub-Funds of the Fund in the Prospectus;

(iii) invest more than 10% of its net assets in securities issued by the same issuing body, except if specified otherwise for one or several Sub-Funds of the Fund in the Prospectus.

The restrictions mentioned under (i), (ii) and (iii) are not applicable to securities issued or guaranteed by a member state of the OECD or their local authorities or public international bodies with EU, of regional or world-wide scope.

3. Borrowings

The Fund may borrow up to 25% of the net assets of each Sub-Fund, whatever the purpose of such borrowings may be.

14.2. Special Investment and Hedging Techniques and Instruments

1. Techniques and Instruments related to Transferable Securities

For the purpose of hedging, efficient portfolio management, duration management or other risk management of the portfolio, the Management Company, on behalf of the Fund may, in each Sub-Fund, use the following techniques and instruments relating to transferable securities:

(A) Transactions relating to Options on Transferable Securities

An option is the right to buy or sell a particular asset at a stated price at some date in the future within a particular period. The Fund may buy and sell call or put options on transferable securities provided that these options are traded on options exchanges or over the counter with broker-dealers who make markets in these options and who are first class financial institutions that specialise in these types of transactions and are participants in the over-the-counter markets.

The Fund shall further comply with the following rules:

(i) The total amount of premiums paid for the purchase of call and put options which are considered here, together with the total amount of premiums paid for the purchase of call and put options described under (B) b) below, may not in respect of each Sub-Fund exceed 15 % of the NAV of such Sub-Fund.

(ii) The total commitment arising from (a) the sale of call and put options (excluding the sale of call options for which there is adequate cover) and (b) transactions for purposes other than hedging as referred to under (B) below, may not exceed in respect of each Sub-Fund at any time the NAV of such Sub-Fund. In this context, the commitment on call and put options sold is equal to the aggregate amount of the exercise prices of those options.

(iii) When selling call options, the Fund must hold either the underlying transferable securities, or matching call options or any other instruments (such as warrants) providing sufficient cover. The cover for call options sold may not be disposed of as long as the options exist unless they are covered in turn by matching options or other instruments used for the same purpose. Notwithstanding the foregoing, the Fund may sell uncovered call options if the Fund is, at all times, able to cover the positions taken on such sale and if the exercise prices of such options do not exceed 25% of the NAV of the relevant Sub-Fund.

(iv) When selling put options, the Fund must be covered during the full duration of the options by sufficient cash or liquid assets to pay for the transferable securities deliverable to the Fund by the counterparty on the exercise of the options.

(B) Transactions relating to Futures and Option Contracts relating to Financial Instruments

Dealing in financial futures is the trading in contracts related to the future value of transferable securities or other financial instruments. Except as regards interest rate swaps on a mutual agreement basis and options which may be traded as provided for under (A) hereabove, all transactions in financial futures shall be made on a Recognised Exchange only. Subject to the following conditions, such transactions may be made for hedging purposes and for other purposes.

a) Hedging

Hedging is designated to protect a known future commitment.

(i) As a global hedge against the risk of unfavourable stock market movements, the Fund may sell futures on stock market indices or other financial instruments or indices. For the same purpose, the Fund may sell call options or buy put options on stock market indices. The objective of these hedging operations assumes that a sufficient correlation exists between the composition of the index used and the Fund's corresponding portfolios.

(ii) As a global hedge against interest rate fluctuations, the Fund may sell interest rate futures contracts. For the same purpose, it can also sell call options or buy put options on interest rates or make interest rate swaps on a mutual agreement basis with first class financial institutions specialising in this type of transaction.

The total commitment relating to futures and option contracts on stock market indices may not exceed the total valuation of securities held by the relevant Sub-Fund in the market corresponding to each index. In the same way, the total commitment on interest rate futures contracts, option contracts on interest rates and interest rate swaps may not exceed the total valuation of the assets and liabilities to be hedged held by the relevant Sub-Fund in the currency corresponding to these contracts.

b) Trading

Trading is based on the forecasting of future movements in financial markets. In this context and apart from option contracts on transferable securities (See (A) above) and contracts relating to currencies (See 2. below), the Fund may, for a purpose other than hedging, buy and sell futures contracts and options contracts on any type of financial instrument provided that the total commitment arising on these purchase and sale transactions together with the total commitment arising on the sale of call and put options on transferable securities mentioned under (A) (ii) hereabove in respect of each Sub-Fund at no time exceed the NAV of such Sub-Fund.

Sales of call options on transferable securities for which the Fund has sufficient cover are not included in the calculation of the total commitment referred to above.

In this context, the commitment arising on transactions which do not relate to options on transferable securities is defined as follows:

- the commitment arising on futures contracts is equal to the liquidation value of the net position of contracts relating to identical financial instruments (after netting between purchase and sale positions), without taking into account the respective maturities and

- the commitment relating to options bought and sold is equal to the sum of the exercise prices of those options representing the net sold position in respect of the same underlying asset, without taking into account the respective maturities.

The total of the premiums paid to acquire call and put options as described above, together with the total of the premiums paid to acquire call and put options on transferable securities as described under (A) above may not exceed in respect of each Sub-Fund 15 % of the Net Assets of such Sub-Fund.

(C) Securities Lending and Borrowing

The Fund may enter into securities lending and borrowing transactions provided that they comply with the following rules:

(i) The Fund may only lend or borrow securities through a standardised system organised by a recognised clearing institution or through a first class financial institution specialising in this type of transaction.

(ii) As part of lending transactions, the Fund must in principle receive a guarantee, the value of which at the conclusion of the contract must be at least equal to the global valuation of the securities lent.

This guarantee must be given in the form of liquid assets and/or in the form of securities issued or guaranteed by a Member State of the OECD or by their local authorities or by supranational institutions and undertakings of a community, regional or world-wide nature and blocked in the name of the Fund until the expiry of the loan contract.

Such a guarantee shall not be required if the securities lending is made through Clearstream or EUROCLEAR or through any other organisation assuring to the lender a reimbursement of the value of the securities lent, by way of a guarantee or otherwise.

(iii) Securities lending transactions may not exceed 50% of the global valuation of the securities portfolio of each Sub-Fund. This limitation does not apply where the Fund is entitled at all times to the cancellation of the contract and the restitution of the securities lent. Securities lending transactions and borrowing transactions may not exceed together 50% of the global valuation of the securities portfolio of each Sub-Fund.

(iv) Securities lending and borrowing transactions may not extend beyond a period of 30 days.

(v) The securities borrowed by the Fund may not be disposed of during the time they are held by the Fund, unless they are covered by sufficient financial instruments which enable the Fund to restitute the borrowed securities at the close of the transaction.

(vi) Borrowing transactions may not exceed 50% of the global valuation of the securities portfolio of each Sub-Fund. Borrowing transactions and securities lending transactions may not exceed together 50% of the global valuation of the securities portfolio of each Sub-Fund.

(vii) The Fund may borrow securities under the following circumstances in connection with the settlement of a sale transaction: (a) during a period the securities have been sent out for re-registration; (b) when the securities have been loaned and not returned in time; and (c) to avoid a failed settlement when the Custodian fails to make delivery.

(D) Repurchase Agreement Transactions

The Fund may on an ancillary basis enter into repurchase agreement transactions which consist of the purchase and sale of securities with a clause reserving the seller the right or the obligation to repurchase from the acquirer the securities sold at a price and term specified by the two parties in their contractual arrangement.

The Fund can act either as purchaser or seller in repurchase agreement transactions or a series of continuing repurchase transactions. Its involvement in such transactions is, however, subject to the following rules:

(i) The Fund may not buy or sell securities using a repurchase agreement transaction unless the counterpart in such transactions is a first class financial institution specialising in this type of transaction.

(ii) During the life of a repurchase agreement contract, the Fund cannot sell the securities which are the object of the contract, either before the right to repurchase these securities has been exercised by the counterparty, or the repurchase term has expired.

(iii) As the Fund is exposed to redemptions of its own Units, it must take care to ensure that the level of its exposure to repurchase agreement transactions is such that it is able, at all times, to meet its redemption obligations. Repurchase agreement transactions are expected to take place on an occasional basis only.

2. Currency Hedging

In order to protect its present and future assets and liabilities against the fluctuation of currencies, the Fund may enter into transactions, the object of which is the purchase or the sale of forward foreign exchange contracts, the purchase or the sale of call options or put options in respect of currencies, the purchase or the sale of currencies forward or the exchange of currencies on a mutual agreement basis provided that these transactions be made either on exchanges or over the counter with first class financial institutions specialising in these types of transactions and being participants of the over the counter markets.

The objective of the transactions referred to above presupposes the existence of a direct relationship between the contemplated transaction and the assets or liabilities to be hedged and implies that, in principle, transactions in a given currency may not exceed the total valuation of such assets and liabilities nor may they, as regards their duration, exceed the period where such assets are held or anticipated to be acquired or for which such liabilities are incurred or anticipated to be incurred.

15) Determination of the net asset value per unit

15.1. Frequency of Calculation

The Net Asset Value per Unit for each Category or Sub-Fund and the issue conversion and redemption prices will be calculated at least once a month as more fully described in the sales documents of the Fund (a «Valuation Day»), in accordance with the provisions of Art. 15.4. hereinafter. Such calculation will be done by the Custodian under guidelines established by, and under the responsibility of, the Management Company.

15.2. Calculation

The Net Asset Value per Unit for each Category of Sub-fund within the relevant Sub-Fund shall be expressed in the Reference Currency of each relevant Sub-Fund and shall be determined as of any Valuation Day by dividing the net assets of the Fund attributable to the relevant Sub-Fund or Category, if any, being the value of the portion of assets less the portion of liabilities attributable to such Sub-Fund or Category, on any such Valuation Day, by the number of Units then outstanding, in accordance with the valuation rules set forth under Art. 15.4.

The assets and liabilities of each Sub-Fund are valued in its Reference Currency.

The Net Asset Value per Unit may be rounded up or down to the nearest unit of the relevant currency as the Management Company shall determine.

If since the time of determination of the Net Asset Value of the Units of a particular Sub-Fund there has been a material change in the quotations in the markets on which a substantial portion of the investments of such Sub-Fund are dealt in or quoted, the Management Company may, in order to safeguard the interests of the Unitholders and the Fund, cancel the first valuation of the Net Asset Value of the Units of such Sub-Fund and carry out a second valuation.

The value of the assets will be determined as set forth in Art. 15.4. hereof. The charges incurred by the Fund are set forth in Art. 8 hereof.

15.3.) Temporary Suspension of the Calculation

The Management Company, acting on behalf of the Fund may suspend the determination of the NAV per Unit of any Sub-Fund or Category and the issue and redemption of its Units from its Unitholders as well as the conversion from and into Units of each Sub-Fund:

a) during any period when any of the principal stock exchanges or other markets on which any substantial portion of the investments of the Fund attributable to such Sub-Fund from time to time is quoted or dealt in is closed otherwise than for ordinary holidays, or during which dealings therein are restricted or suspended, provided that such restriction or suspension affects the valuation on the investments of the Fund attributable to a Sub-Fund quoted thereon; or

b) during the existence of any state of affairs which constitutes an emergency in the opinion of the Management Company as a result of which disposals or valuation of assets owned by the Fund attributable to such Sub-Fund would be impracticable; or

c) during any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price or value of any of the investments of such Sub-Fund or the current price or values on any stock exchange or other market in respect of the assets attributable to such Sub-Fund; or

d) when for any other reason the prices of any investments owned by the Fund attributable to any Sub-Fund cannot promptly or accurately be ascertained; or

e) during any period when the Fund is unable to repatriate funds for the purpose of making payments on the redemption of the Units of such Sub-Fund or during which any transfer of funds involved in the realisation or acquisition of investments or payments due on redemption of Units cannot in the opinion of the Management Company be effected at normal rates of exchange.

Any such suspension shall be published, if appropriate, by the Management Company, acting on behalf of the Fund and shall be notified to Unitholders having made an application for subscription, redemption or conversion of Units for which the calculation of the NAV has been suspended.

Such suspension as to any Category or Sub-Fund shall have no effect on the calculation of the NAV per Unit, the issue, redemption and conversion of Units of any other Category and Sub-Fund.

Any request for subscription, redemption or conversion shall be irrevocable except in the event of a suspension of the calculation of the NAV.

15.4. Valuation of the Assets

The valuation of the Net Asset Value of Units in any Sub-Fund and of the assets and

liabilities of any Sub-Fund shall be made in the following manner:

I. The assets of the Fund shall include:

1) all cash on hand or on deposit, including any interest accrued thereon;

2) all bills and notes payable and accounts receivable (including proceeds of securities sold but not delivered);

3) all bonds, time notes, shares, stock, debenture stocks, subscription rights, warrants, options and other securities, financial instruments and similar assets owned or contracted for by the Fund (provided that the Fund may make adjustments in a manner not inconsistent with paragraph 1. below with regard to fluctuations in the market value of securities caused by trading ex-dividends, ex-rights, or by similar practices);

4) all stock dividends, cash dividends and cash distributions receivable by the Fund to the extent information thereon is reasonably available to the Fund;

5) all interest accrued on any interest-bearing assets owned by the Fund except to the extent that the same is included or reflected in the principal amount of such asset;

6) the liquidating value of all forward contracts and all call or put options the Fund has an open position in;

7) the preliminary expenses of the Fund, including the cost of issuing and distributing Units of the Fund, insofar as the same have to be written off;

8) all other assets of any kind and nature including expenses paid in advance.

The value of such assets shall be determined as follows:

(a) The value of any cash on hand or on deposit, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued as aforesaid and not yet received is deemed to be the full amount thereof, unless in any case the same is unlikely to be paid or received in full, in which case the value thereof is arrived at after making such discount as may be considered appropriate in such case to reflect the true value thereof.

(b) The value of assets which are listed or dealt in on any stock exchange is based on the last available price on the stock exchange which is normally the principal market for such assets.

(c) The value of assets dealt in on any other Recognised Exchange is based on the last available price.

(d) In the event that any assets are not listed or dealt in on any stock exchange or on any other Recognised Exchange, or if, with respect to assets listed or dealt in on any stock exchange, or other Recognised Exchange as aforesaid, the price as determined pursuant to sub-paragraph (b) or (c) is not representative of the fair market value of the relevant assets, the value of such assets will be based on the reasonably foreseeable sales price determined prudently and in good faith.

(e) Units or shares of open-ended UCI will be valued at their last determined and available net asset value or, if such price is not representative of the fair market value of such assets or not accessible by the technical research procedure, then the price shall be determined by the Board of Directors on a fair and equitable basis. Units or shares of closed-ended UCI will be valued at their last available stock market value.

(f) All other securities and other assets will be valued at fair market value as determined in good faith pursuant to the procedures established by the Management Company.

II. The liabilities of the Fund shall include:

1) all loans, bills and accounts payable;

2) all accrued interest on loans of the Fund (including accrued fees for commitment for such loans);

3) all accrued or payable expenses (including, without limitation, administrative expenses, management fees, including incentive fees, if any, and custodian fees);

4) all known liabilities, present and future, including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of any unpaid distributions declared by the Fund;

5) an appropriate provision for future taxes based on capital and income as of the Valuation Day, as determined from time to time by the Fund, and other reserves (if any) authorized and approved by the Management Company, as well as such amount (if any) as the Management Company may consider to be an appropriate allowance in respect of any contingent liabilities of the Fund;

6) all other liabilities of the Fund of whatsoever kind and nature reflected in accordance with generally accepted accounting principles. In determining the amount of such liabilities, the Fund shall take into account all charges and expenses payable by the Fund pursuant to Art. 8 hereof. The Fund may accrue administrative and other expenses of a regular or recurring nature based on an estimated amount rateably for yearly or other periods.

The value of all assets and liabilities not expressed in the Reference Currency of a Sub-Fund will be converted into the Reference Currency of such Sub-Fund at the rate of exchange ruling in Luxembourg on the relevant Valuation Day.

If such quotations are not available, the rate of exchange will be determined in good faith by or under procedures established by the Board of Directors of the Management Company.

The Board of Directors of the Management Company, in its discretion, may permit some other method of valuation to be used, if it considers that such valuation better reflects the fair value of any asset of the Fund.

In the event that extraordinary circumstances render a valuation in accordance with the foregoing guidelines impracticable or inadequate, the Management Company will, prudently and in good faith, use other criteria in order to achieve what it believes to be a fair valuation in the circumstances.

16) Distribution policy

The policy of the Fund is to make no cash distributions and to accumulate in all Sub-Funds all net earnings. However, the Management Company may at its discretion reinvest these earnings by declaring a stock dividend within the same Sub-Fund. If a stock split or stock dividend occurs, the Registrar and Transfer Agent shall send to each Unitholder of record a Unit confirmation in respect of its new Unit entitlement in the relevant Sub-Fund. Notices of any stock dividends shall be published in the Luxemburger Wort.

17) Amendments to the management regulations

The Management Company may, by mutual agreement with the Custodian and in accordance with Luxembourg law, make such amendments to these Management Regulations as it may deem necessary in the interest of the Unitholders. These amendments shall be effective as per the date of their publication in the Mémorial.

18) Duration and liquidation of the fund or of any sub-fund

The Fund and each of the Sub-Funds have been established for an unlimited period. However, the Fund or any of its Sub-Funds may be dissolved and liquidated at any time by mutual agreement between the Management Company and the Custodian, subject to prior notice. The Management Company is, in particular, authorised, subject to the approval of the Custodian, to decide the dissolution of the Fund or of any Sub-Fund in case where the value of the net assets of the Fund or of any such Sub-Fund has decreased to an amount determined by the Management Company to be the minimum level for the Fund or for such Sub-Fund to be operated in an economically efficient manner, or in case of a significant change of the economic or political situation.

In case of dissolution of any Sub-Fund, the Management Company shall not be precluded from redeeming or converting all or part of the Units of the Unitholders, at their request, at the applicable Net Asset Value per Unit (taking into account actual realisation prices of investments as well as realisation expenses in connection with such dissolution), as from the date on which the resolution to dissolve a Sub-Fund has been taken and until its effectiveness.

Issuance, redemption and conversion of Units will cease at the time of the decision or event leading to the dissolution of the Fund.

In the event of dissolution, the Management Company will realise the assets of the Fund or of the relevant Sub-Fund(s) in the best interests of the Unitholders thereof, and upon instructions given by the Management Company, the Custodian will distribute the net proceeds from such liquidation, after deducting all expenses relating thereto, among the Unitholders of the relevant Sub-Fund(s) in proportion to the number of Units of the relevant Category held by them. The Management Company may distribute the assets of the Fund or of the relevant Sub-Fund(s) wholly or partly in kind to any Unitholder who agrees in compliance with the conditions set forth by the Management Company (including, without limitation, delivery of an independent valuation report) and the principle of equal treatment of Unitholders.

As provided by Luxembourg law, at the close of liquidation of the Fund, the proceeds thereof corresponding to Units not surrendered will be kept in safe custody at the Caisse des Consignations in Luxembourg until the statute of limitations relating thereto has elapsed.

At the close of liquidation of any Sub-Fund, the proceeds thereof corresponding to Units not surrendered may be kept in safe custody with the Custodian during a period not exceeding 6 months as from the date of the close of the liquidation; after this delay, these proceeds shall be kept in safe custody at the Caisse des Consignations.

In the event of dissolution of the Fund, the decision or event leading to the dissolution shall be published in the manner required by the Law in the Mémorial and in three newspapers with adequate distribution, one of which at least must be a Luxembourg newspaper.

Decision of dissolution of a Sub-Fund shall be published as provided in Art. 10 of the Management Regulations for the Unitholders of such Sub-Fund.

The liquidation or the partition of the Fund or any of its Sub-Funds may not be requested by a Unitholder, nor by his heirs or beneficiaries.

19) Merger of sub-funds or merger with another UCI

The Board of Directors of the Management Company may, with the approval of the Custodian, resolve the cancellation of Units issued in the Fund or in any Sub-Fund and, after deducting all expenses relating thereto, the allocation of Units to be issued in another Sub-Fund of the Fund, or another undertaking for collective investment («UCI») organised under Part II of the Law of 30 March 1988, subject to the condition that the investment objectives and policies of such other Sub-Fund or UCI are compatible with the investment objectives and policies of the Fund or of the relevant Sub-Fund, in the case where the value of the assets of the Fund or of the Sub-Fund affected by the proposed cancellation of its Units has decreased to an amount determined by the Management Company to be the minimum level for the Fund or for such Sub-Fund to be operated in an economically efficient manner, or in case of a significant change of the economic or political situation.

In such event, notice shall be published as provided in Art. 10 of the Management Regulations for the Unitholders of the Fund or of the Sub-Fund the Units of which shall be cancelled. Such notice shall be published at least one month before the date on which the resolution of the Management Company shall take effect.

Unitholders of the Fund or of the Sub-Fund the Units of which shall be cancelled shall have the right, during one month from the date of such publication, to request the redemption or conversion of all or part of their Units at the applicable Net Asset Value per Unit, subject to the procedures described under Redemption of Units and Conversion of Units without paying any fee.

20) Applicable law; Jurisdiction; Language

Any claim arising between the Unitholders, the Management Company and the Custodian shall be settled according to the laws of the Grand Duchy of Luxembourg and subject to the jurisdiction of the District Court of Luxembourg, provided, however, that the Management Company and the Custodian may subject themselves and the Fund to the jurisdiction of courts of the countries in which the Units are offered or sold, with respect to claims by investors resident in such countries and, with respect to matters relating to subscriptions, redemptions and conversions by Unitholders resident in such countries, to the laws of such countries. English shall be the governing language of these Management Regulations.

Executed in three originals and effective as of December 29, 2000.

The Management Company / The Custodian

Signature / Signature

Enregistré à Luxembourg, le 6 décembre 2000, vol. 546, fol. 93, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(69115/000/733) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 décembre 2000.

CALIG-TELEFIN S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2339 Luxembourg, 2, rue Christophe Plantin.

R. C. Luxembourg B 37.566.

VIDEOPRESS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2339 Luxembourg, 2, rue Christophe Plantin.

R. C. Luxembourg B 30.033.

PROJET DE FUSION

(article 261 de la loi sur les sociétés commerciales)

Attendu que:

- CALIG-TELEFIN S.A. et VIDEOPRESS S.A. sont des sociétés anonymes de droit luxembourgeois ayant toutes les deux leur siège social 2, rue Christophe Plantin, Luxembourg et qui sont actives respectivement dans le financement et la réalisation de productions audio visuelles;

- les parts sociales des deux sociétés sont détenues respectivement pour deux tiers par la société TELLUX BETEILIGUNG ayant son siège social à D-80802 Munich et pour un tiers par la société PARTLUX S.A. L-2339 Luxembourg, 2, rue Christophe Plantin;

- tenant compte de la politique d'investissement dans le secteur audiovisuel, il est approprié de réorganiser ces deux sociétés CALIG-TELEFIN S.A. et VIDEOPRESS S.A. en une seule.

1. La date où les assemblées générales extraordinaires des actionnaires de CALIG-TELEFIN S.A., société absorbante, et VIDEOPRESS S.A. société absorbée, approuvent la fusion est la «date effective de fusion». A cette date, VIDEOPRESS S.A. transmettra tous ses actifs et passifs, conformément à l'article 274(1)a) de la loi sur les sociétés commerciales du 10 août 1915, telle que modifiée, à CALIG-TELEFIN S.A. A la date effective de fusion par absorption, VIDEOPRESS S.A. sera dissoute et toutes ses actions seront annulées.

2. En échange du patrimoine de VIDEOPRESS S.A., CALIG-TELEFIN S.A. émettra aux actionnaires de la société absorbée des actions. Le nombre d'actions ainsi émises sera calculé sur base des valeurs nettes d'inventaire et ceci sans aucune commission de souscription. Le nombre d'actions à attribuer par actionnaire de VIDEOPRESS S.A. se calculera selon la formule suivante:

$$A = (B \times C) / D$$

où:

A: représente le nombre d'actions nouvelles à attribuer

B: représente le nombre d'actions à convertir dans la société absorbée concernée

C: représente la valeur nette d'inventaire par action de la société absorbée concernée

D: représente la valeur nette d'inventaire par action de la société absorbante qui attribuera de nouvelles actions.

3. Les actions nouvellement émises seront nominatives ou au porteur, au choix des actionnaires. L'émission des actions nominatives se fera par inscription au registre des parts sociales de la société absorbante lors de l'assemblée générale d'approbation de la fusion et les actions au porteur seront émises sous forme de certificats de parts sociales. A partir de la date de fusion effective, les nouvelles actions émises par CALIG-TELEFIN S.A. sont égales à tout niveau avec les actions existantes et ont le même droit de participation au bénéfice.

4. Il n'existe pas d'actions ayant des droits spéciaux, ni d'autres titres dans les deux sociétés fusionnantes.

Aucun avantage particulier ne sera attribué aux membres du conseil d'administration ou aux commissaires aux comptes; et les frais de l'opération de fusion sont entièrement pris en charge par CALIG-TELEFIN S.A.

5. A partir de la date effective de fusion, tout l'actif et tout le passif de VIDEOPRESS S.A. sont considérés être transférés dans CALIG-TELEFIN S.A. et tous les pertes et profits occasionnés après cette date sont imputés à cette dernière. La clôture de l'exercice comptable de VIDEOPRESS S.A. se fait au 30 septembre, contre le 31 décembre pour CALIG-

TELEFIN S.A.; et les opérations de la société absorbée seront considérées du point de vue comptable comme accomplies pour le compte de la société absorbante à partir du 30 septembre 2000.

Pour CALIG-TELEFIN S.A.

Jean Vanolst / Paul Zimmer

Administrateur / Administrateur

Pour VIDEOPRESS S.A.

Léon Zeches / Jean Vanolst / Paul Zimmer

Administrateur / Administrateur / Administrateur

Enregistré à Luxembourg, le 28 novembre 2000, vol. 546, fol. 612, case10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67567/000/58) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 novembre 2000.

**INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A., Aktiengesellschaft,
(anc. Allianz Luxemburg S.A.).**

Siège social: Luxemburg.

H. R. Luxemburg B 41.865.

Im Jahre zweitausend, den vierzehnten Dezember, um 12.30 Uhr.

Vor dem unterzeichneten Notar Camille Mines, mit Amtssitz in Redange/Attert,

treten zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, die Aktionäre der Aktiengesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., mit Sitz in L-1855 Luxemburg, 43, rue John F. Kennedy, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg unter Sektion B und Nummer 41.865 (hiernach «die Gesellschaft» oder «die übernehmende Gesellschaft»), gegründet unter der Gesellschaftsbezeichnung AGF ESPANA (LUXEMBOURG) S.A., gemäß Urkunde, erstellt durch den inzwischen verstorbenen Notar Camille Hellinckx, mit damaligem Amtswohnsitz in Luxemburg, am 19. November 1992, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 603 vom 17. Dezember 1992.

Die Satzung der Gesellschaft wurde erstmals abgeändert gemäß notarieller Urkunden durch denselben Notar Camille Hellinckx am 30. Dezember 1992, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 209 vom 8. Mai 1993 und dann am 5. März 1993, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 249 vom 27. Mai 1993.

Die Satzung der Gesellschaft wurde abermals abgeändert gemäß notarieller Urkunden durch Notar Gérard Lecuit, mit Amtswohnsitz in Hesperingen, am 17. Juli 2000 (auf dem Wege der Veröffentlichung), sowie am 10. Oktober 2000 durch Notar Blanche Moutrier, mit Amtssitz in Esch-Alzette, veröffentlicht im Mémorial C, Nummer 798 vom 31. Oktober 2000.

Der Vorsitz der Versammlung führt Herr Horst König, company secretary, wohnhaft in Amsterdam, welcher Herrn Rupert Schelle, Geschäftsführer der ALLIANZ LUXEMBURG S.A., wohnhaft in Luxemburg, zum Schriftführer bestellt.

Die Versammlung bestimmt zum Stimmenzähler Herrn Rechtsanwalt André Marc, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung als eröffnet und gibt gemeinsam mit den Versammlungsmitgliedern folgende Erklärungen ab, welche von dem amtierenden Notar zu Protokoll genommen werden:

I. Aus der Anwesenheitsliste geht hervor, daß sämtliche Aktionäre in gegenwärtiger Versammlung zugegen oder rechtlich vertreten sind; diese Anwesenheitsliste wurde von den Aktieninhabern beziehungsweise deren Vertretern sowie von den Mitgliedern des Versammlungsvorstandes unterzeichnet, und bleibt gegenwärtiger Urkunde beigegeben, um mit derselben einregistriert zu werden.

Ebenso bleiben gegenwärtiger Urkunde beigegeben, um mit derselben einregistriert zu werden, die ordnungsgemäß durch die Erschienenen und den instrumentierenden Notar ne varietur paraphierten Vollmachten der vertretenen Aktionäre.

II. In Anbetracht der Anwesenheit, beziehungsweise der Vertretung sämtlicher Aktieninhaber ist die Generalversammlung rechtsgültig zusammengesetzt und kann über alle Punkte der Tagesordnung beschließen.

III. Die Tagesordnung der Generalversammlung lautet wie folgt:

Tagesordnung

1. Billigung des gemäß Artikel 265 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Berichtes des Verwaltungsrates.

2. Billigung des gemäß Artikel 266 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Berichtes des unabhängigen Sachverständigen.

3. Feststellung der Erfüllung aller durch Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Formalitäten.

4. Billigung des im Mémorial C, Nummer 830 vom 13. November 2000 veröffentlichten Verschmelzungsplans.

5. Erhöhung des bisherigen Gesellschaftskapitals von 8.684.000 US Dollar um 17.316.000 US Dollar auf 26.000.000 US Dollar, durch die Ausgabe von 812.047 neuen Aktien ohne Nennwert, die im Gegenzug der Übertragung sämtlicher Aktiva und Passiva der übertragenden Gesellschaft, sowie der Annulierung aller 9.000.000 Aktien der übertragenden Gesellschaft geschaffen werden.

6. Zuführung des überschüssigen Kapitals der übertragenden Gesellschaft (684.000 US Dollar) in die freie Rücklage der übernehmenden Gesellschaft.

7. Feststellung der Verschmelzung.

8. Abänderung der Gesellschaftsbezeichnung in INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A.

9. Abänderung der Satzung der Gesellschaft gemäß den Punkten 5 und 8 der Tagesordnung, sowie ersatzloses Streichen des Artikels 11 der Satzung, sowie des Hinweises auf die Kommissare in den Artikeln 12, 13 und 17 der Satzung, sowie schlußendlich Anpassung der Numerierung der dem vorgenannten Artikel 11 nachfolgenden Artikel.

IV. In ihren jeweiligen Sitzungen vom 30. Oktober 2000 haben die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. und der Aktiengesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., gemäß Artikel 261 des Handelsgesellschaftengesetzes einen Verschmelzungsplan der Aktiengesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. und der Aktiengesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., durch Aufnahme ersterer durch letztere, gebilligt.

Dieser Verschmelzungsplan wurde im Mémorial C, Nummer 830 vom 13. November 2000 veröffentlicht.

V. Gemäß den Artikeln 265 und 266 des Handelsgesellschaftengesetzes haben die Verwaltungsräte am 30. Oktober 2000, sowie die Gesellschaft KPMG AUDIT S.C. am 10. November 2000, in ihrer Eigenschaft als unabhängiger Sachverständiger, wie er durch eine Ordonnanz vom 7. November 2000 bestellt worden ist, jeweils einen schriftlichen Bericht erstellt und den Aktionären der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Diese Berichte sind nach ne varietur-Unterzeichnung durch die Komparenten und den Notar dieser Urkunde beigegeben und werden mit einregistriert.

VI. Gemäß Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes standen der Verschmelzungsplan, die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte für die letzten drei Geschäftsjahre, die Zwischenabschlüsse zum 30. September 2000, sowie die in Artikel 265 und 266 angeführten Berichte des Verwaltungsrates und des unabhängigen Sachverständigen den Aktionären der Gesellschaft während eines Monats vor der heutigen Generalversammlung am Gesellschaftssitz zwecks Kenntnisnahme zur Verfügung.

Sodann trifft die Versammlung, nach Beratung und Billigung der Erklärungen des Vorsitzenden, einstimmig folgende Beschlüsse:

Erster Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den gemäß Artikel 265 des Handelsgesellschaftengesetzes angefertigten Bericht des Verwaltungsrates zu billigen.

Zweiter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den gemäß Artikel 266 des Handelsgesellschaftengesetzes angefertigten Bericht des unabhängigen Sachverständigen zu billigen.

Dritter Beschuß

Die Generalversammlung stellt fest, daß alle gemäß Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt wurden.

Vierter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den im Mémorial C Nr 830 vom 13. November 2000 veröffentlichten Verschmelzungsplan zu billigen.

Die Generalversammlung nimmt zur Kenntnis, daß, gemäß diesem Verschmelzungsplan, die Aktionäre der übertragenden Gesellschaft für neun Millionen (9.000.000) Aktien zu je zwei (2) US Dollar Nennwert der übertragenden Gesellschaft achthundertzwöltausendsiebenundvierzig (812.047) Aktien ohne Nennwert erhalten, die im Zug einer Kapitalerhöhung von siebzehn Millionen dreihundertsechzehntausend US Dollar (17.316.000) bei der übernehmenden Gesellschaft geschaffen werden. Das Umtauschverhältnis entspricht 1:0,0902274991 Aktien.

Fünfter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt die Erhöhung des bisherigen Gesellschaftskapitals von 8.684.000 US Dollar um 17.316.000 US Dollar auf 26.000.000 US Dollar, durch die Ausgabe von 812.047 Aktien ohne Nennwert, die im Gegenzug der Übertragung sämtlicher Aktiva und Passiva der übertragenden Gesellschaft, sowie der Annulierung aller 9.000.000 Aktien der übertragenden Gesellschaft, geschaffen werden.

Soweit juristisch erforderlich verzichten die bisherigen Aktionäre der Gesellschaft, im Rahmen der vorgenannten Kapitalerhöhung, auf ihr bevorzugtes Zeichnungsrecht der neu ausgegebenen Aktien.

Der entsprechende neue Wortlaut der Satzung wird unter dem neunten Beschuß wiedergegeben.

Die Aktionäre der INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY, nämlich die ALLIANZ Aktiengesellschaft, mit Sitz in München, und die ALLIANZ EUROPE LTD, mit Sitz in Amsterdam, erhalten somit für 8.999.985 beziehungsweise 15 Aktien der übertragenden Gesellschaft 812.046 beziehungsweise 1 neue Aktien der übernehmenden Gesellschaft.

Die Generalversammlung stellt fest, daß mit der Unterzeichnung dieser Urkunde die ALLIANZ Aktiengesellschaft insgesamt, mit den ebenfalls vor der Verschmelzung bereits gehaltenen Aktien, 1.304.443 Aktien der übernehmenden Gesellschaft und die ALLIANZ EUROPE LTD letztendlich 2 Aktien der übernehmenden Gesellschaft besitzen.

Sechster Beschuß

Die Generalversammlung beschließt die Zuführung des überschüssigen Kapitals der übertragenden Gesellschaft (684.000 US Dollar) in die freie Rücklage der übernehmenden Gesellschaft.

Siebter Beschuß

Die Generalversammlung stellt fest, daß die Verschmelzung mit Wirkung auf den heutigen Tag stattfindet. Das Datum, ab welchem buchhalterisch die Operationen der übertragenden Gesellschaft als für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft getätigten zu gelten haben, wird auf den 30. September 2000 festgelegt.

Achter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt die Umbenennung der Gesellschaft in INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. und die entsprechende Änderung des ersten Absatzes des Artikels 1 der Satzung.

Der entsprechende neue Wortlaut der Satzung wird unter dem neunten Beschuß wiedergegeben.

Neunter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt die Abänderung der Satzung der Gesellschaft gemäß den Punkten 5 und 8 der Tagesordnung, sowie das ersatzlose Streichen des Artikels 11 der Satzung, sowie des Hinweises auf den oder die Kommissare in den Artikeln 12, 14 und 18 der Satzung, sowie schlußendlich die Anpassung der Numerierung der dem vorgenannten Artikel 11 nachfolgenden Artikel.

Der Wortlaut der neuen Gesellschaftssatzung ist demnach folgender:

«1. Name, Sitz, Dauer und Zweck

Art. 1. Es besteht eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A.

Art. 2. Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Rückversicherungsgeschäften jeder Art, für eigene und für dritte Rechnung, sowie alle Operationen, die direkt oder indirekt damit zusammenhängen.

Die Gesellschaft kann sich in jeder Form an anderen Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz im Großherzogtum Luxemburg und im Ausland beteiligen.

Art. 3. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in der Stadt Luxemburg. Durch einfachen Beschuß des Verwaltungsrates kann der Sitz jederzeit an einen anderen Ort innerhalb der Gemeinde verlegt werden.

Die Gesellschaft kann durch Beschuß des Verwaltungsrates Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, Agenturen, Vertretungen und Büros im Großherzogtum Luxemburg und im Ausland errichten.

Sofern außerordentliche Ereignisse, insbesondere politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur einzutreten drohen oder eingetreten sind, die geeignet sind, die normale Geschäftstätigkeit der Gesellschaft an ihrem Sitz oder die Verbindung zwischen diesem Sitz und ausländischen Staaten zu beeinträchtigen, so ist neben der Generalversammlung auch der Verwaltungsrat befugt, den Sitz der Gesellschaft nach Maßgabe der in Luxemburg geltenden Rechtsvorschriften in einen anderen Staat zu verlegen und die Verlegung ausländischen Behörden oder anderen zur Kenntnis zu bringen.

Die Nationalität der Gesellschaft bleibt, unbeeinflußt von einer derartigen vorübergehenden Sitzverlegung, luxemburgisch.

Art. 4. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit gegründet. Sie kann vorzeitig aufgelöst werden.

II. Kapital der Gesellschaft

Art. 5. Das Gesellschaftskapital beträgt sechsundzwanzig Millionen (26.000.000.-) US Dollar und ist eingeteilt in eine Million dreihundertviertausendvierhunderfünfundvierzig (1.304.445) gleichwertige Aktien ohne Nennwert.

Art. 6. Im Falle einer Kapitalerhöhung steht den Aktionären, sofern die Generalversammlung mit der für Kapitalerhöhungen erforderlichen Mehrheit nichts anderes beschließt, ein Bezugsrecht nach dem Verhältnis der von ihnen gehaltenen Aktien zu.

Art. 7. Sämtliche Aktien lauten auf den Namen.

Anstelle von Urkunden über einzelne Aktien können Zertifikate über eine Mehrzahl von Aktien ausgegeben werden.

Am Sitz der Gesellschaft wird über die Namensaktien ein Register geführt, in das die genaue Bezeichnung des Aktionärs, die Zahl seiner Aktien und die Übertragung mit deren Daten eingetragen wird. Die Umwandlung von Namens- in Inhaberaktien ist ausgeschlossen.

Jeder Gesellschafter, der seine Aktien ganz oder teilweise übertragen will, muß diese zuvor den anderen Aktionären anbieten.

Der Aktionär, welcher sich zu einer Übertragung eines Teiles oder aller seiner Aktien entschließt, teilt diese Absicht dem Verwaltungsrat einschreibebrieflich mit.

Dieses Schreiben enthält die genauen Daten bezüglich der zu übertragenden Aktien, des Preises und der Identität der Kaufinteressenten sowie ein unwiderrufliches Kaufangebot an die anderen Aktionäre, welches während der hiernach beschriebenen Dauer aufrechterhalten werden muß.

Der Verwaltungsrat leitet dieses Angebot unverzüglich an die anderen Aktionäre weiter, spätestens jedoch fünfzehn Tage nach Erhalt des entsprechenden Einschreibebriefes.

Innerhalb dreißig Tagen nach dem Datum des Absendens der Mitteilung durch den Verwaltungsrat müssen die anderen Aktionäre einschreibebrieflich ihre Absicht erklären, von ihrem Vorkaufsrecht nach dem Verhältnis der von ihnen an der Gesellschaft gehaltenen Aktien Gebrauch zu machen, anderenfalls das Vorkaufsrecht hinfällig wird. Will ein Aktionär von dem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch machen, so soll er dies möglichst frühzeitig, tunlichst eine Woche vor Fristablauf, dem Verwaltungsrat einschreibebrieflich mitteilen. Soweit das Vorkaufsrecht von einem oder mehreren Aktionären nicht ausgeübt wird, wächst es den Aktionären zu, die von dem Recht Gebrauch machen, und zwar ebenfalls im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Aktien. Der Verwaltungsrat wird die übrigen Aktionäre, sofern dies angesichts der Zahl der Aktionäre noch durchführbar ist, über die Anwachsung der Vorkaufsrechte jeweils umgehend informieren.

Nach Ablauf dieser Frist teilt der Verwaltungsrat unverzüglich allen Aktionären das Ergebnis des Verfahrens mit. Falls kein Aktionär sein Vorkaufsrecht in Anspruch genommen hat, kann der übertragende Aktionär ab Erhalt des Mitteilungsschreibens des Verwaltungsrates, gemäß den in dem Angebot enthaltenen Bedingungen, die Aktien veräußern.

Wird das Vorkaufsrecht ausgeübt, wird der Kaufpreis für den Erwerb der Aktien - mangels Einigung - von einem Sachverständigen festgesetzt, den die Parteien einvernehmlich genannt haben oder der, falls die Parteien sich nicht auf einen Sachverständigen einigen können, durch den Vorsitzenden des Bezirkgerichts Luxemburg ernannt wird.

Der Aktionär, der gemäß den obigen Bestimmungen Aktien eines anderen Aktionärs erwirbt, zahlt den Preis innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Festlegung des Preises.

III. Verwaltung und Aufsicht

Art. 8. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die nicht Aktionäre zu sein brauchen, und von der Generalversammlung ernannt werden, die die Dauer ihrer Mandate bestimmt. Im übrigen bestimmt die Generalversammlung die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder.

Die Dauer der Mandate darf sechs Jahre nicht überschreiten.

Die Amtszeit endet vorzeitig, wenn das Mitglied aus einem Amt ausscheidet, das für seine Bestellung maßgeblich war.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates können wiedergewählt werden.

Die Generalversammlung kann ein Mitglied des Verwaltungsrates jederzeit abberufen.

Bei Vakanz eines Verwaltungsratsmitglieds steht den noch vorhandenen Mitgliedern des Verwaltungsrates das Recht zu, für die vorläufige Besetzung des Verwaltungsrates Sorge zu tragen. Die endgültige Wahl wird durch die nächste Generalversammlung vorgenommen.

Art. 9. Der Verwaltungsrat hat die Befugnis, alle Geschäfte der Gesellschaft zu führen und die Gesellschaft uneingeschränkt gegenüber Dritten zu vertreten. Die Ausübung dieser Befugnisse erfolgt im Rahmen einer von allen Mitgliedern des Verwaltungsrates einstimmig zu erlassenden Geschäftsordnung.

Der Verwaltungsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen und/oder einzelne Delegierte mit bestimmten Aufgaben ernennen.

Der Verwaltungsrat kann einer Person oder mehreren seine Befugnis übertragen, die täglichen Geschäfte der Gesellschaft zu führen, sowie die Gesellschaft im Rahmen dieser Geschäftsführung zu vertreten. Übertragung dieser Befugnisse kann sowohl auf Mitglieder des Verwaltungsrates als auch auf Dritte, die nicht Aktionäre zu sein brauchen, erfolgen. Die Übertragung auf ein Mitglied oder auf mehrere Mitglieder des Verwaltungsrates bedarf der vorherigen Zustimmung der Generalversammlung.

Ferner kann der Verwaltungsrat Vollmachten für einzelne Geschäftsbereiche, Generalvollmachten und Sondervollmachten für Einzelgeschäfte an seine Mitglieder oder an Dritte erteilen.

Der jeweilige Geschäftsführer der Gesellschaft (Mitglied des Verwaltungsrates oder Dritter) darf die Gesellschaft nur gemeinsam mit einer weiteren zeichnungsberechtigten Person vertreten.

Art. 10. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.

Der Vorsitzende erläßt unter Bekanntgabe des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung die Einladungen zu Sitzungen des Verwaltungsrates, so oft die Angelegenheiten der Gesellschaft dies erfordern, außerdem auf Antrag eines Mitgliedes.

Wenn die Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder vorliegt, kann auf ein Einberufungsverfahren verzichtet werden. Für Sitzungen, für die sowohl der Sitzungstermin als auch der Sitzungsort in einem früheren Beschuß des Verwaltungsrates festgelegt wurden, bedarf es keiner gesonderten Einberufung.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrates, das an der Teilnahme an einer Sitzung verhindert ist, kann ein anderes Mitglied schriftlich (per Brief, Telefax, Kabeltelegramm, Telegramm, Telex oder e-mail) zu seiner Vertretung bevollmächtigen.

Der Verwaltungsrat ist beschlußfähig, sofern zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind.

Die Beschlüsse werden mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln gefasst. In der Geschäftsordnung kann für einzelne Beschlüsse eine andere Mehrheit vorgesehen werden. Auf Veranlassung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und mit Einverständnis aller Mitglieder können Beschlüsse auch auf schriftlichem Wege gefasst werden (Zirkularbeschlüsse).

In dem Rundschreiben, in welchem zur Beschlussfassung auf schriftlichem Wege aufgefordert wird, ist eine Frist anzusetzen, welche für Einwendung gegen das Verfahren gegen den zu fassenden Beschuß und für die Stimmabgabe gilt.

Das schriftliche Einverständnis mit dem Verfahren kann auch nachträglich erklärt werden; es gilt als erklärt, wenn Einwendungen gegen den zu fassenden Beschuß oder die Stimmabgabe schriftlich erfolgt sind. Verzicht auf Einwendungen und auf Stimmabgabe gelten als Zustimmung zu dem zu fassenden Beschuß; Verzicht auf Stimmabgabe bei gleichzeitigem Vorbringen von Einwendungen gilt als Ablehnung.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates sind unbeschadet des vorstehenden Absatzes durch Protokolle zu beurkunden, die vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen sind.

Die Beglaubigung von Auszügen erfolgt in der Regel durch den Vorsitzenden und den Protokollführer, der nicht Mitglied des Verwaltungsrates sein muß. Sie kann durch zwei beliebige Mitglieder vorgenommen werden.

Art. 11. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Generalversammlung festgelegt.

IV. Die Generalversammlung

Art. 12. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich am neunundzwanzigsten Juni um zwölf Uhr in der Stadt Luxemburg statt.

Ist dieser Tag in einem Jahr ein gesetzlicher Feiertag oder ein Bankfeiertag am Ort der ordentlichen Generalversammlung, so findet diese am nächsten Arbeitstag statt.

Ordentliche Generalversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft, und zwar in deren Geschäftsräumen oder an einem anderen, im Einberufungsschreiben angegebenen Ort statt.

Außerordentliche Generalversammlungen werden an dem im Einberufungsschreiben bezeichneten Ort abgehalten.

Art. 13. Die Generalversammlungen werden durch Einschreibebriefe an alle Namensaktionäre einberufen, die spätestens vier Wochen vor dem vorgesehenen Termin abgeschickt werden sollen.

Sie muß mit einer Frist von einem Monat einberufen werden, wenn Aktionäre, die ein Fünftel des Gesellschaftskapitals vertreten, den Verwaltungsrat hierzu durch ein schriftliches Gesuch unter Angabe der Tagesordnung auffordern.

Sind alle Aktionäre anwesend oder vertreten, so kann die Generalversammlung auch ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

Jede Aktie gewährt vorbehaltlich gesetzlicher Stimmrechtsbeschränkungen eine Stimme. Jeder Aktionär kann persönlich oder durch einen schriftlich Bevollmächtigten abstimmen, der nicht Aktionär zu sein braucht.

Art. 14. Für folgende Beschlüsse der Generalversammlung ist eine Mehrheit von achtzig Prozent (80%) des gegebenen Kapitals erforderlich:

- a) Änderung der Form oder des Gegenstandes der Gesellschaft;
- b) Satzungsänderungen, einschließlich Kapitalerhöhungen;
- c) Auflösung der Gesellschaft und Durchführung der Liquidation.

Im Übrigen gelten für Beschlüsse der Generalversammlungen Anwesenheits- und Majorätsquoten der Artikel 67 bis 70 des Gesetzes vom zehnten August neunzehnhundertfünfzehn betreffend die Handelsgesellschaften mit der Maßgabe, daß die Generalversammlungen, die keine Satzungsänderungen zum Gegenstand haben, beschlussfähig sind, selbst wenn die Hälfte der Aktionäre nicht anwesend oder nicht vertreten sind.

Art. 15. Die Tagesordnung der Generalversammlung wird vom Verwaltungsrat festgelegt. Aktionäre, die zusammen wenigstens zwanzig Prozent (20%) des Grundkapitals vertreten, können vor der Einberufung der Generalversammlung die Aufnahme einzelner Punkte auf die Tagesordnung verlangen.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Verwaltungsrates oder einer seiner Stellvertreter; im Falle der Verhinderung bestimmt der Verwaltungsrat den Vorsitzenden der Generalversammlung.

Die Form der Abstimmung und die Geschäftsordnung bestimmt der Vorsitzende. Im Falle eines Widerspruchs entscheidet die Generalversammlung.

Das Protokoll über die Generalversammlung wird vom Vorsitzenden, dem Schriftführer und den Stimmenzählern sowie denjenigen Aktionären oder deren Vertretern, die es verlangen, unterzeichnet. Mit Ausnahme der Beschlüsse der Generalversammlung, die notariell beurkundet werden müssen, können Abschriften und Auszüge des Protokolls, die vor Gericht oder anderweitig vorgelegt werden sollen, vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterschrieben werden.

V. Geschäftsjahr, Jahresabschluss und Verwendung des Jahresergebnisses

Art. 16. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am ersten Januar und endet am einunddreißigsten Dezember eines jeden Jahres.

Art. 17. Jedes Jahr, und zwar am einunddreißigsten Dezember, erstellt der Verwaltungsrat ein Verzeichnis sämtlicher Vermögenswerte, Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Außerdem sind in einer Anlage die Verbindlichkeiten der Mitglieder des Verwaltungsrates gegenüber der Gesellschaft anzugeben.

Der Verwaltungsrat stellt die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung, unter Bildung der erforderlichen Rückstellungen auf.

Wenigstens einen Monat vor der ordentlichen Generalversammlung legt der Verwaltungsrat die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Bericht über die Geschäfte der Gesellschaft vor.

Art. 18. Fünf Prozent des im Geschäftsjahr erzielten Reingewinnes sind dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen, solange dieser zehn Prozent des nominellen Aktienkapitals nicht erreicht.

Über den verbleibenden Bilanzgewinn verfügt die Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates.

Eine auszuschüttende Dividende gelangt an den vom Verwaltungsrat festgesetzten Stellen und Daten zur Auszahlung.

VI. Auflösung und Liquidation

Art. 19. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft, zu welcher Zeit und aus welchem Grunde sie auch erfolgen möge, wird die Liquidation von Liquidatoren durchgeführt, die natürliche oder juristische Personen sein können und von der Generalversammlung bestellt werden.

Die Generalversammlung bestimmt die Befugnisse der Liquidatoren.

Wenn keine Liquidatoren bestellt werden, wird die Liquidation von dem Verwaltungsrat durchgeführt.

VII. Allgemeine Bestimmung

Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht oder nicht wirksam festgelegt sind, verweisen die Gründer auf die Bestimmungen des Gesetzes vom zehnten August neunzehnhundertfünfzehn über die Handelsgesellschaften einschließlich der Änderungsgesetze.»

Feststellung

Unter Berücksichtigung eines übereinstimmenden Beschlusses der Generalversammlung der Gesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A. vom 14. Dezember 2000, stellt die Generalversammlung fest, daß die Verschmelzung durch Aufnahme vollzogen ist und die übertragende Gesellschaft ohne Abwicklung aufgelöst ist.

Erklärung

Gemäß Artikel 271 (2) des Handelsgesellschaftengesetzes erklärt der amtierende Notar, daß er die Rechtshandlungen und Formalitäten, welche der übertragenden Gesellschaft aufgrund der Verschmelzung obliegen, sowie den Verschmelzungsplan auf ihr Vorliegen und ihre Rechtmäßigkeit geprüft hat und bestätigt.

Da somit die Tagesordnung erschöpft ist und kein weiterer Antrag und keine Wortmeldung mehr vorliegt, hebt der Vorsitzende die Sitzung um 13.00 Uhr auf.

Worüber Urkunde aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Generalversammlung, haben die vorgenannten Kompartrenten, dem Notar mit Namen, gebräuchlichen Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: H. König, R. Schelle, A. Marc, C. Mines.

Enregistré à Redange, le 15 décembre 2000, vol. 400, fol. 25, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): R. Schaack.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Redingen, den 18. Dezember 2000.

C. Mines.

(72309/225/327) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 décembre 2000.

INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Siège social: Luxembourg.

H. R. Luxemburg B 41.865.

Les statuts coordonnés de la société, rédigés à la suite de l'assemblée générale extraordinaire du 14 décembre 2000, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 décembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Redange, le 18 décembre 2000.

C. Mines.

(72310/225/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 décembre 2000.

INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1855 Luxemburg, 43, rue John F. Kennedy.

H. R. Luxemburg B 16.568.

Im Jahre zweitausend, den vierzehnten Dezember, um 12.00 Uhr.

Vor dem unterzeichneten Notar Camille Mines, mit Amtssitz in Redange-sur-Attert,

treten zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, die Aktionäre der Aktiengesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A., mit Sitz in L-1855 Luxemburg, 43, rue John F. Kennedy, eingetragen im Handelsregister beim Bezirksgericht Luxemburg unter Sektion B und Nummer 16.568 (hiernach «die Gesellschaft» oder «die übertragende Gesellschaft»), gegründet unter der Gesellschaftsbezeichnung ALLIANZ ARAB - GERMAN INSURANCE COMPANY S.A. am 7. März 1979 durch den damals in Mersch amtierenden Notar Frank Baden, veröffentlicht im Mémorial C Nr. 141 vom 26. Juni 1979. Die Satzung wurde geändert durch Urkunden desselben Notars, jetzt mit Amtssitz in Luxemburg, vom 22. Juni 1983, veröffentlicht im Mémorial C Nr. 215 vom 26. August 1983, beziehungsweise vom 28. September 1984.

Weitere Satzungsänderungen wurden von dem damals In Clerf amtierenden Notar Camille Mines durchgeführt, die erste Änderung durch eine Urkunde vom 16. November 1991 und veröffentlicht im Mémorial C Nr. 232 vom 1. Juni 1992, die zweite Änderung durch eine Urkunde vom 27. Januar 1992, veröffentlicht im Mémorial C Nr. 359 vom 22. August 1992, die dritte Änderung durch ein Urkunde vom 16. April 1992, veröffentlicht im Mémorial C Nr. 458 vom 12. Oktober 1992.

Die Satzung wurde durch eine Urkunde von dem in Junglinster amtierenden Notar, Jean Seckler, am 30. September 1992 geändert und veröffentlicht im Mémorial C Nr. 22 vom 18. Januar 1993.

Die Satzung wurde gemäß Urkunde von Notar Blanche Moutrier mit Amtssitz in Esch-sur-Alzette, am 3. August 1998 geändert und veröffentlicht im Mémorial C Nr. 809 vom 9. Dezember 1998.

Den Vorsitz der Versammlung führt Herr Horst König, company secretary, wohnhaft in Amsterdam, welcher Herrn Rupert Schelle, Geschäftsführer der INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY, wohnhaft in Luxemburg, zum Schriftführer bestellt.

Die Versammlung bestimmt zum Stimmenzähler Herrn Rechtsanwalt André Marc, wohnhaft in Luxemburg.

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung als eröffnet und gibt gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern folgende Erklärungen ab, welche von dem amtierenden Notar zu Protokoll genommen werden:

I. Aus der Anwesenheitsliste geht hervor, daß sämtliche Aktionäre in gegenwärtiger Versammlung zugegen oder rechtlich vertreten sind; diese Anwesenheitsliste wurde von den Aktieninhabern beziehungsweise deren Vertretern sowie von den Mitgliedern des Versammlungsvorstandes unterzeichnet, und bleibt gegenwärtiger Urkunde beigegeben, um mit derselben einregistriert zu werden.

Ebenso bleiben gegenwärtiger Urkunde beigegeben, um mit derselben einregistriert zu werden, die ordnungsgemäß durch die Erschienenen und den instrumentierenden Notar ne varietur parapierten Vollmachten der vertretenen Aktionäre.

II. In Anbetracht der Anwesenheit beziehungsweise der Vertretung sämtlicher Aktieninhaber ist die Generalversammlung rechtsgültig zusammengesetzt und kann über alle Punkte der Tagesordnung beschließen.

III. Die Tagesordnung der Generalversammlung lautet wie folgt:

Tagesordnung:

1. Billigung des gemäß Artikel 265 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Berichtes des Verwaltungsrates.

2. Billigung des gemäß Artikel 266(1) des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Berichtes des unabhängigen Sachverständigen.

3. Feststellung der Erfüllung aller durch Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Formalitäten.

4. Billigung des im Mémorial C Nummer 830 vom 13. November 2000 veröffentlichten Verschmelzungsplans.

5. Feststellung der Verschmelzung.

6. Entlastung der Gesellschaftsorgane.

IV. In ihren jeweiligen Sitzungen vom 30. Oktober 2000 haben die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. und der Aktiengesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., gemäß Artikel 261 des Handelsgesellschaftengesetzes einen Verschmelzungsplan der Aktiengesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. und der Aktiengesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., durch Aufnahme ersterer durch letztere, gebilligt.

Dieser Verschmelzungsplan wurde im Mémorial C Nummer 830 vom 13. November 2000 veröffentlicht.

V. Gemäß den Artikeln 265 und 266 des Handelsgesellschaftengesetzes haben die Verwaltungsräte am 30. Oktober 2000, sowie die Gesellschaft KPMG AUDIT SC am 10. November 2000, in ihrer Eigenschaft als unabhängiger Sachverständiger, wie er durch eine Ordonnanz vom 7. November 2000 bestellt worden ist, jeweils einen schriftlichen Bericht erstellt und den Aktionären der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Diese Berichte sind nach ne varietur Unterzeichnung durch die Komparenten und den Notar dieser Urkunde beigegeben und werden mit einregistriert.

VI. Gemäß Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes standen der Verschmelzungsplan, die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte für die letzten drei Geschäftsjahre, die Zwischenabschlüsse zum 30. September 2000, sowie die in den Artikeln 265 und 266 angeführten Berichte des Verwaltungsrates und des unabhängigen Sachverständigen den Aktionären der Gesellschaft während einem Monat vor der heutigen Generalversammlung am Gesellschaftssitz zwecks Kenntnisnahme zur Verfügung.

Sodann trifft die Versammlung, nach Beratung und Billigung der Erklärungen des Vorsitzenden, einstimmig folgende Beschlüsse:

Erster Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den gemäß Artikel 265 des Handelsgesellschaftengesetzes angefertigten Bericht des Verwaltungsrates zu billigen.

Zweiter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den gemäß Artikel 266 des Handelsgesellschaftengesetzes angefertigten Bericht des unabhängigen Sachverständigen zu billigen.

Dritter Beschuß

Die Generalversammlung stellt fest, daß alle gemäß Artikel 267 des Handelsgesellschaftengesetzes vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt wurden.

Vierter Beschuß

Die Generalversammlung beschließt, den im Mémorial C Nr. 830 vom 13. November 2000 veröffentlichten Verschmelzungsplan zu billigen.

Die Generalversammlung nimmt zur Kenntnis, daß, gemäß diesem Verschmelzungsplan, die Aktionäre der übertragenden Gesellschaft für neun Millionen (9.000.000) Aktien zu je zwei (2) US Dollar Nennwert der übertragenden Gesellschaft achthundertzwölftausendsiebenundvierzig (812.047) Aktien ohne Nennwert erhalten, die im Zug einer Kapitalerhöhung von siebzehn Millionen dreihundertsechzehntausend US Dollar (17.316.000) bei der übernehmenden Gesellschaft geschaffen werden. Das Umtauschverhältnis entspricht 1:0,0902274991 Aktien.

Fünfter Beschuß

Die Generalversammlung stellt fest, daß die Verschmelzung mit Wirkung auf den heutigen Tag stattfindet. Das Datum, ab welchem buchhalterisch die Operationen der übertragenden Gesellschaft für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft getätigten zu gelten haben, wird auf den 30. September 2000 festgelegt.

Sechster Beschuß

Die Generalversammlung stellt fest, daß, durch die am heutigen Tag beschlossene Verschmelzung, die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder und der Geschäftsleitung von Rechts wegen enden.

Die Generalversammlung erteilt den Verwaltungsratsmitgliedern und der Geschäftsleitung, sowie KPMG AUDIT SC, in ihrer Eigenschaft als Wirtschaftsprüfer, volle Entlastung für die Ausübung ihres Mandates bis zum heutigen Tag.

Feststellung

Unter Vorbehalt eines übereinstimmenden Beschlusses der Generalversammlung der Gesellschaft ALLIANZ LUXEMBURG S.A., stellt die Generalversammlung fest, daß, durch die am heutigen Tag beschlossene Verschmelzung durch Aufnahme, die übertragende Gesellschaft INTERNATIONAL REINSURANCE COMPANY S.A. ohne Abwicklung aufgelöst wird.

Erklärung

Gemäß Artikel 271 (2) des Handelsgesellschaftengesetzes erklärt der amtierende Notar, daß er die Rechtshandlungen und Formalitäten, welche der übertragenden Gesellschaft aufgrund der Verschmelzung obliegen, sowie den Verschmelzungsplan auf ihr Vorliegen und ihre Rechtmäßigkeit geprüft hat und bestätigt dies ausdrücklich.

Da somit die Tagesordnung erschöpft ist und kein weiterer Antrag und keine Wortmeldung mehr vorliegt, hebt der Vorsitzende die Sitzung um 12 Uhr 30 auf.

Worüber Urkunde aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Generalversammlung, haben die vorgenannten Kompartrenten, dem Notar mit Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: H. König, R. Schelle, A. Marc, C. Mines.

Enregistré à Redange, le 15 décembre 2000, vol. 400, fol. 24, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): R. Schaack.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf stempelfreiem Papier, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Redingen, den 18. Dezember 2000.

C. Mines.

(72517/225/121) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 décembre 2000.

Allianz Europe Finance S.A., Aktiengesellschaft.
Gesellschaftssitz: L-1855 Luxemburg, 43, avenue J.F. Kennedy.
H. R. Luxemburg B 71.068.

AUFLÖSUNG

Im Jahre zweitausend, am zwanzigsten Dezember.

Vor dem Notar Reginald Neuman, mit Amtswohnsitz in Luxemburg.

Ist erschienen:

Allianz Europe Finance II N.V., Aktiengesellschaft niederländischen Rechts, mit Gesellschaftssitz in NL-1017 Amsterdam, Keizersgracht 484,

hier vertreten durch Herrn André Marc, Rechtsanwalt, wohnhaft in Luxemburg,

aufgrund einer privatschriftlichen Vollmacht, ausgestellt in Amsterdam/ Niederlande, am 8. Dezember 2000, hier beigegeben.

Der Erschienene, namens wie er handelt, hat den unterzeichneten Notar ersucht, nachstehende Erklärungen zu beurkunden:

Die Aktiengesellschaft Allianz Europe Finance S.A., mit Sitz in Luxemburg, 43, avenue J.F. Kennedy, eingetragen im Handelsregister von Luxemburg unter der Nummer B 71.068, wurde gegründet gemäß Urkunde von Notar Jacques Delvaux vom 26. Juli 1999, veröffentlicht im Mémorial C, Recueil Nummer 795 vom 26. Oktober 1999.

Das Kapital der Gesellschaft beträgt zehn Millionen Euro (10.000.000,- EUR), eingeteilt in fünf Millionen (5.000.000) Aktien mit einem Nennwert von je zwei Euro (2 EUR) pro Aktie.

Die Allianz Europe Finance II N.V., vorgenannt, ist Eigentümer der fünf Millionen (5.000.000) Aktien geworden und hat beschlossen, die Gesellschaft aufzulösen und zu liquidieren.

Hiermit beschließt der alleinige Aktionär die Auflösung der Gesellschaft mit sofortiger Wirkung, sowie ihre Liquidation.

Der alleinige Aktionär bestätigt, vollumfänglich Kenntnis über die finanzielle Lage der Gesellschaft zu haben.

Sämtliche Aktiva der Gesellschaft gehen auf den alleinigen Aktionär über, in seiner Eigenschaft als Abwickler («liquideur»), welcher erklärt, dass alle Schulden der Gesellschaft geregelt sind, bzw. er sich verpflichtet, alle etwaigen noch nicht geregelten Schulden unter seiner persönlichen Haftung zu übernehmen. Er wird auch die Kosten gegenwärtiger Urkunde regeln.

Die Liquidation der Gesellschaft ist somit als abgeschlossen zu betrachten und die Gesellschaft ist somit endgültig aufgelöst und liquidiert.

Den Verwaltungsratsmitgliedern, den Geschäftsführern sowie dem Aufsichtskommissar wird Entlastung für die Ausübung ihres Mandates erteilt.

Sodann wurden die fünf Millionen (5.000.000) Namensaktien, welche das Gesellschaftskapital darstellen, durch Streichung im Aktienregisterbuch der Namensaktien im Beisein des instrumentierenden Notars annulliert.

Die Bücher der Gesellschaft bleiben während einer Dauer von fünf Jahren, ab dem heutigen Zeitpunkt am Gesellschaftssitz der aufgelösten Gesellschaft in Luxemburg, 43, avenue J.F. Kennedy, hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichungen und zu tätigenden Hinterlegungen werden alle Befugnisse dem Träger einer Ausfertigung gegenwärtiger Urkunde erteilt.

Kosten

Die Kosten, die der Gesellschaft aufgrund des Gegenwärtigen anfallen werden auf fünfundsechzigtausend (65.000,-) Luxemburger Franken abgeschätzt.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den Erschienenen, namens wie er handelt, hat derselbe mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: A. Marc, R. Neuman.

Enregistré à Luxembourg, le 20 décembre 2000, vol. 127S, fol. 50, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Abschrift, der vorgenannten Gesellschaft auf Verlangen erteilt, auf stempelfreies Papier, zwecks Hinterlegung beim Bezirksgericht Luxemburg und Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 22. Dezember 2000.

R. Neuman.

(73151/226/54) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 22 décembre 2000.

STANSEC HOLDING S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

STATUTS

L'an deux mille, le vingt juillet.

Par-devant Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg.

Ont comparu:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., société anonyme, ayant son siège social à Luxembourg,

ici représentée par Monsieur Emile Vogt, licencié en sciences commerciales et économiques, demeurant à Dalheim, habilité à engager la société par sa seule signature.

2) Monsieur Emile Vogt, prénommé, en son nom personnel.

Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société holding qu'ils vont constituer entre eux:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de STANSEC HOLDING S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront immédiats, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

Elle peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder aux sociétés dans lesquelles elle possède un intérêt direct et substantiel tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société n'aura pas d'activité industrielle propre et ne tiendra aucun établissement commercial ouvert au public.

Elle prendra toutes mesures pour sauvegarder ses droits et fera toutes opérations généralement quelconques qui se rattachent à son objet ou le favorisent, en restant toutefois dans les limites de la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding et de l'article 209 des lois modifiées sur les sociétés commerciales.

Art. 5. Le capital social est fixé à six cent vingt mille euros (620.000,- EUR), représenté par six cent vingt (620) actions sans désignation de valeur nominale.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions dans les conditions prévues par la loi.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocabiles.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le Conseil d'Administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le Conseil d'Administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le Conseil d'Administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou télécopie, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou télécopie.

Les décisions du Conseil d'Administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 9. Le Conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du Conseil d'Administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée par la signature individuelle d'un des administrateurs.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Année sociale - Assemblée générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le Conseil d'Administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par un mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le Conseil d'Administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit le dernier jeudi du mois de juin à dix heures trente à Luxembourg au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding, ainsi que leurs modifications ultérieures, trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se terminera le trente et un décembre deux mille un.

2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en deux mille deux.

Souscription et Libération

Les statuts de la société ayant été ainsi arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., prénommée, six cent dix-neuf actions	619
2) Monsieur Emile Vogt, prénommé, une action	1
Total: six cent vingt actions	620

Toutes les actions ont été entièrement libérées par des versements en espèces, de sorte que la somme de six cent vingt mille euros (620.000,- EUR) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à charge en raison de sa constitution, s'élève approximativement à la somme de trois cent cinquante mille francs luxembourgeois (350.000,- LUF).

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité, les résolutions suivantes:

1) Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

2) Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur Emile Vogt, licencié en sciences commerciales et économiques, demeurant à Dalheim, Kettengas 27.

b) Monsieur Sam Reckinger, maître en droit, demeurant à L-1118 Luxembourg, 19, rue Aldringen.

c) Monsieur Hubert d'Hoop de Synghem, licencié en droit, demeurant à B-3090 Overijse, Gemslaan 14.

3) Est appelée aux fonctions de commissaire:

FIDUCIAIRE DE LUXEMBOURG, société anonyme, ayant son siège social à L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

4) Les mandats des administrateurs et du commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de deux mille cinq.

5) Le siège social est fixé à L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Le notaire soussigné qui comprend et parle la langue allemande, constate que sur la demande des comparants, le présent acte est rédigé en langue française, suivi d'une traduction allemande; sur la demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte allemand et le texte français, ce dernier fera foi.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, celui-ci a signé avec le notaire le présent acte.

Folgt die deutsche Übersetzung des vorhergehenden Textes:

Im Jahre zweitausend, den zwanzigsten Juli.

Vor dem unterzeichneten Notar Frank Baden, mit dem Amtswohnsitz in Luxemburg.

Sind erschienen:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg, hier vertreten durch Herrn Emile Vogt, licencié en sciences commerciales et économiques, wohnhaft in Dalheim, welcher befugt ist die Gesellschaft durch seine alleinige Unterschrift zu vertreten.

2) Herr Emile Vogt, vorgenannt, handelnd in eigenem Namen.

Welche Komponenten den unterzeichneten Notar ersuchten, die Satzung einer von Ihnen zu gründenden Aktiengesellschaft wie folgt zu beurkunden.

Name - Sitz - Dauer - Zweck - Kapital

Art. 1. Unter der Bezeichnung STANSEC HOLDING S.A. wird hiermit eine Gesellschaft in der Form einer Aktiengesellschaft gegründet.

Art. 2. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Luxemburg.

Sollten aussergewöhnliche Ereignisse politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art eintreten oder bevorstehen, welche geeignet wären, die normale Geschäftsabwicklung am Gesellschaftssitz oder den reibungslosen Verkehr zwischen diesem Sitz und dem Ausland zu beeinträchtigen, so kann der Gesellschaftssitz vorübergehend, bis zur endgültigen Wiederherstellung normaler Verhältnisse, ins Ausland verlegt werden, und zwar unter Beibehaltung der luxemburgischen Staatsangehörigkeit.

Art. 3. Die Dauer der Gesellschaft ist unbegrenzt.

Art. 4. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb von Beteiligungen unter irgendwelcher Form an anderen in- und ausländischen Gesellschaften, sowie die Verwaltung, Kontrolle und Verwertung dieser Beteiligungen.

Die Gesellschaft kann namentlich alle Arten von Wertpapieren erwerben, sei es durch Einlage, Zeichnung, Kaufoption, Kauf oder sonstwie, und dieselben durch Verkauf, Abtretung, Tausch oder sonstwie veräussern.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft Patente und andere davon abgeleitete oder dieselben ergänzenden Rechte erwerben und verwerten.

Die Gesellschaft kann Anleihen aufnehmen sowie den Gesellschaften, an denen Sie direkt massgeblich beteiligt ist, jede Art von Unterstützung, Darlehen, Vorschuss oder Sicherheit gewähren.

Die Gesellschaft wird nicht unmittelbar aktiv erwerbstätig sein und kein dem Publikum zugängliches Handelsgeschäft betreiben.

Die Gesellschaft wird alle zur Wahrung ihrer Rechte gebotenen Massnahmen treffen und alle Handlungen vornehmen, welche Ihrem Zweck entsprechen oder diesen fördern; sie wird ihre Geschäfte im Rahmen des Gesetzes vom 31. Juli 1929 über die Holdinggesellschaften abwickeln.

Art. 5. Das Gesellschaftskapital beträgt sechshundertzwanzigtausend Euro (620.000,- EUR), eingeteilt in sechshundertzwanzig (620) Aktien ohne Nennwert. Die Aktien lauten auf den Namen oder den Inhaber, nach Wahl der Aktionäre, mit Ausnahme der Aktien für welche das Gesetz die Form von Namensaktien vorschreibt.

An Stelle von Einzelaktien können Zertifikate über eine Mehrzahl von Aktien ausgestellt werden, nach Wahl der Aktionäre.

Verwaltung - Aufsicht

Art. 6. Die Gesellschaft wird durch einen Rat von mindestens drei Mitgliedern verwaltet, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen.

Ihre Amtszeit darf sechs Jahre nicht überschreiten; die Wiederwahl ist zulässig; sie können beliebig abberufen werden.

Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so können die verbleibenden Mitglieder des Verwaltungsrates einen vorläufigen Nachfolger bestellen. Die nächtsfolgende Hauptversammlung nimmt die endgültige Wahl vor.

Art. 7. Der Verwaltungsrat hat die weitestgehenden Befugnisse, alle Handlungen vorzunehmen, welche zur Verwirklichung des Gesellschaftszweckes notwendig sind oder diesen fördern. Alles, was nicht durch das Gesetz oder die gegenwärtige Satzung der Hauptversammlung vorbehalten ist, fällt in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrates.

Art. 8. Der Verwaltungsrat bestellt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden; in dessen Abwesenheit kann der Vorsitz einem anwesenden, Verwaltungsratsmitglied übertragen werden.

Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn die Mehrzahl seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist; die Vertretung durch ein entsprechend bevollmächtigtes Verwaltungsratsmitglied, die schriftlich, telegraphisch oder fernschriftlich erfolgen kann, ist gestattet. In Dringlichkeitsfällen kann die Abstimmung auch durch einfachen Brief, Telegramm, Fernschreiben oder Telekopie erfolgen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Art. 9. Der Verwaltungsrat kann seine Befugnisse hinsichtlich der laufenden Geschäftsführung sowie die diesbezügliche Vertretung der Gesellschaft an einen oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer oder andere Bevollmächtigte übertragen; dieselben brauchen nicht Aktionäre zu sein.

Die Übertragung der laufenden Geschäftsführung an einzelne Mitglieder des Verwaltungsrates bedarf der vorherigen Genehmigung der Hauptversammlung.

Art. 10. Die Gesellschaft wird durch die Einzelunterschrift eines Verwaltungsratsmitgliedes rechtsgültig verpflichtet.

Art. 11. Die Aufsicht der Gesellschaft obliegt einem oder mehreren Kommissaren, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen; ihre Amtszeit darf sechs Jahre nicht überschreiten; die Wiederwahl ist zulässig; sie können beliebig abberufen werden.

Geschäftsjahr - Generalversammlung

Art. 12. Das Geschäftsjahr läuft jeweils vom ersten Januar bis zum einunddreissigsten Dezember.

Art. 13. Die Einberufungen zu jeder Hauptversammlung unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen. Von dieser Erfordernis kann abgesehen werden, wenn sämtliche Aktionäre anwesend oder vertreten sind und sofern sie erklären, den Inhalt der Tagesordnung im voraus gekannt zu haben.

Der Verwaltungsrat kann verfügen, dass die Aktionäre, um zur Hauptversammlung zugelassen zu werden, ihre Aktien fünf volle Tage vor dem für die Versammlung festgesetzten Datum hinterlegen müssen; jeder Aktionär kann sein Stimmrecht selbst oder durch einen Vertreter, der nicht Aktionär zu sein braucht, ausüben.

Jede Aktie gibt Anrecht auf eine Stimme.

Art. 14. Die rechtmässige Zusammensetzung der Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Gesellschaft. Sie hat die weitestgehenden Befugnisse, über sämtliche Angelegenheiten der Gesellschaft zu befinden und alle diesbezüglichen Beschlüsse gutzuheissen.

Art. 15. Die Generalversammlung befindet über die Verwendung und Verteilung des Reingewinnes.

Zwischendividenden können durch den Verwaltungsrat ausgeschüttet werden.

Art. 16. Die jährliche Hauptversammlung findet rechtens statt am letzten Donnerstag des Monats Juni um zehn Uhr dreissig in Luxemburg, am Gesellschaftssitz oder an einem anderen, in der Einberufung angegebenen Ort.

Art. 17. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften sowie die Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Juli 1929 über die Holdinggesellschaften, einschliesslich der Änderungsgesetze, finden ihre Anwendung überall wo gegenwärtige Satzung keine Abweichung beinhaltet.

Übergangsbestimmungen

1) Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tage der Gründung und endet am einunddreissigsten Dezember zweitausendundeins.

2) Die erste jährliche Hauptversammlung findet statt im Jahre zweitausendzwei.

Zeichnung und Einzahlung der Aktien

Nach erfolgter Festlegung der Satzung erklären die Komparenten, handelnd wie vorstehend, die sechshundertzwanzig (620) Aktien wie folgt zu zeichnen:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., vorgenannt, sechshundertneunzehn Aktien	619
2) Herr Emile Vogt, vorgenannt, eine Aktie	1
Total: sechshundertzwanzig Aktien	620

Sämtliche Aktien wurden voll in bar eingezahlt; demgemäß verfügt die Gesellschaft ab sofort uneingeschränkt über den Betrag von sechshundertzwanzigtausend Euro (620.000,- EUR), wie dies dem Notar nachgewiesen wurde.

Erklärung

Der amtierende Notar erklärt, dass die in Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind, und bescheinigt dies ausdrücklich.

Schätzung der Gründungskosten

Der Gesamtbetrag der Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Auslagen, unter welcher Form auch immer, welche der Gesellschaft aus Anlass ihrer Gründung entstehen, beläuft sich auf ungefähr dreihundertfünfzigtausend Euro (350.000,- EUR).

Ausserordentliche Hauptversammlung

Alsdann traten die eingangs erwähnten Parteien, die das gesamte Aktienkapital vertreten, zu einer ausserordentlichen Hauptversammlung zusammen, zu der sie sich als rechtens einberufen bekennen und fassten, nachdem sie die ordnungsgemäss Zusammensetzung dieser Hauptversammlung festgestellt hatten, einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1) Die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates wird auf drei, die der Kommissare auf einen festgesetzt.
- 2) Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates werden ernannt:
 - a) Herr Emile Vogt, licencié en sciences commerciales et économiques, wohnhaft in Dahlheim, Kettengaas 27.
 - b) Herr Sam Reckinger, maître en droit, wohnhaft in L-1118 Luxemburg, 19, rue Aldringen.
 - c) Herr Hubert d'Hoop de Synghem, licencié en droit, wohnhaft in B-3090 Overijse, Gemslaan, 14.
- 3) Zum Kommissar wird ernannt:

FIDUCIAIRE DE LUXEMBOURG, Aktiengesellschaft, mit Sitz in L-1840 Luxemburg, 38, boulevard Joseph II.

4) Die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder und des Kommissars enden sofort nach der jährlichen Hauptversammlung von zweitausendundfünf.

5) Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in L-1840 Luxemburg, 40, boulevard Joseph II.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den Erschienenen, hat derselbe gegenwärtige Urkunde mit dem Notar unterschrieben.

Gezeichnet: E. Vogt, F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 26 juillet 2000, vol. 6CS, fol. 14, case 9. – Reçu 250.107 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, der Gesellschaft auf Begehr erteilt, zum Zwecke der Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 2. August 2000.

(42348/200/272) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

F. Baden.

GOVERNMENT ASSET BACKED SECURITIES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 50, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 47.046.

Le bilan de la société au 31 mai 1997, enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2000, vol. 540, fol. 54, case 6, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 7 août 2000.

Pour la société

Signatures

Un mandataire

(42470/595/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

GOVERNMENT ASSET BACKED SECURITIES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 50, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 47.046.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Ordinaire du 30 mai 2000

- Les rapports du conseil d'Administration et du commissaire aux comptes sont approuvés.

- Décharge pleine et entière est donnée aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour l'exercice de leur mandat jusqu'au 31 mai 1997.

L'Assemblée accepte la démission de Madame Carine Bittler, employée privée demeurant au 41, avenue de la Gare à L-1611 Luxembourg de son poste d'administrateur et nomme, en remplacement, Madame Michèle Musty, employée privée demeurant au 3, rue Jean Piret à L-2350 Luxembourg. Son mandat se terminera lors de l'assemblée générale qui statuera sur les comptes de l'exercice 1998.

- L'Assemblée décide de renouveler les mandats d'administrateur de Monsieur Eric Vanderkerken, employé privé demeurant au 3, rue Jean Piret à L-2350 Luxembourg et de Monsieur Camille J. Paulus, économiste demeurant au 13, boulevard Royal à L-2449 Luxembourg et le mandat de commissaire aux comptes de la société PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., société ayant son siège social au 16, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg. Leur mandat se terminera lors de l'assemblée générale qui statuera sur les comptes de l'exercice 1998.

- L'Assemblée autorise le Conseil d'Administration à convertir en euros, avec une date de prise d'effet à déterminer par ledit Conseil, le capital social actuellement exprimé en LUF, et ce pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'Assemblée autorise le Conseil d'Administration, avec une date de prise d'effet à déterminer par ledit Conseil, à augmenter le capital souscrit et éventuellement le capital autorisé dans les limites et selon les modalités prévues par la loi relative à la conversion par les sociétés commerciales de leur capital en euros, et ce pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'Assemblée autorise le Conseil d'Administration, avec une date de prise d'effet à déterminer par ledit Conseil, à adapter ou à supprimer la mention de la valeur nominale des actions (si nécessaire), et ce pendant la période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

- L'Assemblée autorise le Conseil d'Administration, avec une date de prise d'effet à déterminer par ledit Conseil, à adapter l'article 5 des statuts, et ce pendant une période transitoire allant du 1^{er} janvier 1999 au 31 décembre 2001.

Luxembourg, le 30 mai 2000.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 31 juillet 2000, vol. 540, fol. 54, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(42471/595/38) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

VANILLA INTERNATIONAL HOLDINGS S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

STATUTES

In the year two thousand, on the twentieth of July.

Before Maître Jean Seckler, notary public residing in Junglinster, in place of Maître Joseph Elvinger, notary public residing in Luxembourg, actually prevented, who will guard the original of the present deed.

There appeared:

- 1.- Mr John H. Moshal, Consultant, residing at 12, Westfield, 15, Kidderpore Avenue, Hampstead, London NW3 7SF
- 2.- WATERSIDE FINANCIAL LTD, incorporated under British Virgin Island Law and having its registered office at Skelton Building, Road Town Tortola, Main Street, P.O. box 3136, British Virgin Islands.

Both of them hereby represented by Mr Patrick Van Hees, jurist, residing at Messancy, Belgium, undersigned, by virtue of proxies given under private seal.

The party sub 1.- acting as founder and the party sub 2.- acting as subscriber of the company.

The aforesaid proxies, being initialled ne varietur by the proxy holder and the undersigned notary, shall remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing parties, acting in his aforesaid capacities, have requested the notary to draw up the following Articles of Incorporation of a Luxembourg société anonyme holding which the founders declare to organize among themselves.

Art. 1. Between those present this day and all persons who will become owners of the shares mentioned hereafter, a Luxembourg société anonyme holding is hereby formed under the name VANILLA INTERNATIONAL HOLDINGS S.A.

Art. 2. The Company is established for an unlimited period. The Company may be dissolved at any moment by a resolution of the shareholders adopted in the manner required to amend these Articles of Incorporation.

Art. 3. The Registered Office of the Company is in Luxembourg.

Should a situation arise or be deemed imminent, whether military, political, economic or social, which would prevent the normal activity at the Registered Office of the Company, the Registered Office of the Company may be transferred by decision of the Board of Directors to any other locality of the Grand Duchy of Luxembourg and even abroad, and until such time as the situation becomes normalised.

Art. 4. The Company's purpose, requesting expressly the Luxembourg pure holding 1929 status, is to take participations, in any form whatsoever, in any commercial, industrial, financial or other, Luxembourg or foreign enterprises; to acquire any securities and rights through participation, contribution, underwriting firm purchase or option, negotiation or in any other way and namely to acquire patents and licences, to manage and develop them; to grant to enterprises in which the Company has an interest, any assistance, loans, advances or guarantees.

The Corporation shall not carry on any industrial activity nor maintain a commercial establishment open to the public.

In general, the Corporation may take any measure and carry out any operation which it may deem useful to the accomplishment and development of its purposes, always remaining, however, strictly within the limits established by the Law of July 31, 1929, concerning Holding Companies.

Art. 5. The subscribed capital is set at EUR 31,000.- (thirty-one thousand euros), represented by 310 (three hundred and ten) shares with a nominal value of EUR 100.- (one hundred euros) each, carrying one voting right in the general assembly. All the shares are in bearer or nominative form.

The subscribed capital of the Company may be increased or reduced by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles of Incorporation.

The Company can proceed to the repurchase of its own shares within the bounds laid down by the law.

Art. 6. The Company is administered by a Board comprising at least three members, which elect a president among themselves. Their mandate may not exceed six years.

Art. 7. The Board of Directors possesses the widest powers to manage the business of the Company and to take all actions of disposal and administration which are in line with the object of the Company, and anything which is not a matter for the General Meeting in accordance with the present Articles or governed by law, comes within its competence. In particular it can arbitrate, agree to compromise, grant waivers and grant replevins with or without payment.

The Board of Directors is authorized to proceed to the payment of a provision of dividend within the bounds laid down by the law.

The Board of Directors may delegate all or part of its powers concerning the daily management of the Company's business, either to one or more Directors, or, as holders of a general or special proxy, to third persons who do not have to be shareholders of the Company.

All acts binding the Company must be signed by two Directors or by an officer duly authorized by the Board of Directors.

Art. 8. Legal action, as claimant as well as defendant, will be taken in the name of the Company by one member of the Board of Directors, or by the person delegated to this office.

Art. 9. The Company's operations are supervised by one or more auditors. Their mandate may not exceed six years.

Art. 10. The Company's business year begins on January 1st and closes on December 31st.

Art. 11. The annual General Meeting is held on the 15th of May at 3.00 p.m. at the Company's Registered Office, or at another place to be specified in the convening notices. If such day is a legal holiday the General Meeting will be held on the next following business day.

Art. 12. Any shareholder will be entitled to vote in person or through a proxy, who need not be a shareholder himself.

Art. 13. The General Assembly has the widest powers to take or ratify any action concerning the Company. It decides how the net profit is allocated and distributed.

Art. 14. For any points not covered by the present articles, the parties refer to the provisions of the Act of August 10, 1915, the Law of July 31, 1929, concerning Holding Companies and of their modifying Acts.

Transitory Measure

Exceptionally, the first business year will begin today and close on December 31, 2000.

Subscription-Payment

The capital has been subscribed as follows:

1.- Mr John H. Moshal, prenamed, three hundred and nine shares	309
2.- WATERSIDE FINANCIAL LTD, prenamed, one share	1
Total: three hundred and ten shares	<u>310</u>

All these shares have been paid up in cash to the extent of 100% (one hundred per cent), and therefore the amount of EUR 31,000.- (thirty-one thousand euros) is as now at the disposal of the Company VANILLA INTERNATIONAL HOLDINGSS.A., proof of which has been duly given to the notary.

Statement

The notary declares that he has checked the existence of the conditions listed in Article 26 of the commercial companies act and states explicitly that these conditions are fulfilled.

Costs

The amount of the expenses, remunerations and charges, in any form whatsoever, to be borne by the Company, or charged to it for its formation, amounts to about sixty thousand Luxembourg Francs.

Extraordinary general meeting

The parties appearing, representing the totality of the capital and considering themselves as duty convoked, declare that they are meeting in an extraordinary general meeting and take the following resolutions by unanimity.

First resolution

The number of Directors is set at three and that of the auditors at one.

Second resolution

The following are appointed Directors:

- 1.- Mr Gérard Becquer, réviseur d'entreprises, residing at L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.
- 2.- Mrs Noëlla Antoine, chartered accountant, residing at L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.
- 3.- Mrs Pascale Le Denic, employee, residing at L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

Their terms of office will expire after the annual meeting of shareholders which will approve the financial statements on December 31st, 2000.

Third resolution

Is elected as auditor:

FIDUCIAIRE BILLON, having its registered office at L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.

Its term of office will expire after the annual meeting of shareholders which will approve the financial statements on December 31st, 2000.

Fourth resolution

The address of the Company is fixed at L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

The Board of Directors is authorized to change the address of the Company inside the municipality of the Company's corporate seat.

Prevailing language

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French translation; on the request of the same appearing persons and in case of discrepancy between the English and the French text, the English version will be prevailing.

Whereof, the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary, by their surnames, Christian names, civil status and residences, the said persons appearing signed together with Us, the notary, the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille, le vingt juillet.

Par-devant Maître Jean Seckler, notaire de résidence à Junglinster, en remplacement de Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, actuellement empêché, lequel aura la garde de la présente minute

Ont comparu:

1.- Monsieur John H. Moshal, Consultant, demeurant au 12, Westfield, 15, Kidderpore Avenue, Hampstead, London NW3 7SF, Royaume-Uni.

2.- WATERSIDE FINANCIAL LTD, société de droit des îles Vierges Britanniques, ayant son siège social à Skelton Building, Road Town Tortola, Main Street, P.O. box 3136, îles Vierges Britanniques;

Tous deux ici représentés par Monsieur Patrick Van Hees, juriste, demeurant à Messancy, Belgique, en vertu de procurations sous seing privé lui délivrées.

Le comparant sub 1.- agissant comme fondateur et le comparant sub 2.- agissant comme souscripteur de la société.

Lesdites procurations, paraphées ne varieront par les comparants et le notaire instrumentant, resteront annexées au présent acte pour être formalisées avec lui.

Lequel comparant, agissant ès dites qualités, a requis le notaire instrumentant de dresser l'acte constitutif d'une société anonyme holding luxembourgeoise que les fondateurs déclarent constituer entre eux et dont ils ont arrêté les statuts comme suit:

Art. 1^{er}. Il est constitué par les présentes entre les comparants et tous ceux qui deviendront propriétaires des actions ci-après créées une société anonyme holding luxembourgeoise, dénommée: VANILLA INTERNATIONAL HOLDINGS S.A.

Art. 2. La société est constituée pour une durée illimitée. Elle peut être dissoute à tout moment par une décision des actionnaires délibérant dans les conditions requises pour un changement des statuts.

Art. 3. Le siège social de la société est établi à Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre militaire, politique, économique ou social feront obstacle à l'activité normale de la société à son siège ou seront immédiats, le siège social pourra être transféré par simple décision du conseil d'administration dans toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg et même à l'étranger, et ce jusqu'à la disparition desdits événements.

Art. 4. L'objet de la Société, qui sollicite expressément le statut de société holding pure au sens de la loi luxembourgeoise de 1929, est de prendre des participations, sous quelque forme que ce soit, dans toutes entreprises commerciales, industrielles, financières ou autres, luxembourgeoises ou étrangères, d'acquérir tous titres et droits par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat, de négociation et de toute autre manière et notamment d'acquérir tous brevets et licences, les gérer et les mettre en valeur, d'octroyer aux entreprises dans laquelle la Société a un intérêt, tous concours, prêts, avances ou garanties.

La Société n'aura pas d'activité industrielle propre et ne tiendra aucun établissement commercial ouvert au public.

Elle prendra toutes mesures pour sauvegarder ses droits et fera toutes opérations généralement quelconques se rattachant directement ou indirectement à son objet ou le favorisant, en restant toutefois strictement dans les limites de la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.

Art. 5. Le capital souscrit est fixé à EUR 31.000,- (trente et un mille euros), représenté par 310 (trois cent dix) actions de EUR 100,- (cent euros) chacune, disposant chacune d'une voix aux assemblées générales.

Toutes les actions sont nominatives ou au porteur.

Le capital souscrit de la société peut être augmenté ou réduit par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions sous les conditions prévues par la loi.

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins et qui élit un président en son sein. Ils sont nommés pour un terme n'excédant pas six années.

Art. 7. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour gérer les affaires sociales et faire tous les actes de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social, et tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par les présents statuts ou par la loi, est de sa compétence. Il peut notamment accepter des compromis, transiger, consentir tous désistements et mainlevées avec ou sans paiement.

Le conseil d'administration est autorisé à procéder au versement d'acomptes sur dividende aux conditions et suivant les modalités fixées par la loi.

Le conseil d'administration peut déléguer tout ou partie de la gestion journalière des affaires de la société, ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants et/ou agents, associés ou non.

La société se trouve engagée, soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle de la personne à ce déléguée par le conseil.

Art. 8. Les actions judiciaires, tant en demandant qu'en défendant, seront suivies au nom de la société par un membre du conseil ou la personne à ce déléguée par le conseil.

Art. 9. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires. Ils sont nommés pour un terme n'excédant pas six années.

Art. 10. L'année sociale commence le premier janvier et finit le 31 décembre.

Art. 11. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le 15 mai à 15.00 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner dans les avis de convocation. Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée se réunira le premier jour ouvrable suivant.

Art. 12. Tout actionnaire aura le droit de voter lui-même ou par un mandataire, lequel peut ne pas être lui-même actionnaire.

Art. 13. L'assemblée générale a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société. Elle décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Art. 14. Pour tous points non réglés aux présents statuts, les parties se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915, de la loi du 31 juillet 1929 et à leurs lois modificatives.

Disposition transitoire

Exceptionnellement, le premier exercice social commencera ce jour et se terminera le 31 décembre 2000.

Souscription - Libération

Le capital social a été souscrit comme suit:

1.- Monsieur John H. Moshal, prénommé, trois cent neuf actions	309
2.- WATERSIDE FINANCIAL LTD, prénommée, une action	<u>1</u>

Total: trois cent dix actions 310

Toutes les actions ainsi souscrites ont été libérées par des versements en numéraire à concurrence de 100% (cent pour cent), de sorte que la somme de EUR 31.000,- (trente et un mille euros) se trouve dès maintenant à la disposition de la société VANILLA INTERNATIONAL HOLDINGS S.A., ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant.

Déclaration

Le notaire déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales et en constate expressément l'accomplissement.

Evaluation des Frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société, ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, s'élève à environ soixante mille francs luxembourgeois.

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, ès qualités qu'ils agissent, représentant l'intégralité du capital social, se sont réunis en assemblée générale extraordinaire, à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués et à l'unanimité ils ont pris les résolutions suivantes:

Première résolution

Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

Deuxième résolution

Sont nommés aux fonctions d'administrateur:

1.- Monsieur Gérard Becquer, réviseur d'entreprises, demeurant à L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

2.- Madame Noëlla Antoine, Expert-Comptable, demeurant à L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

3.- Madame Pascale Le Denic, employée privée, demeurant à L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

La durée de leur mandat expirera lors de l'assemblée générale annuelle qui statuera sur les comptes annuels au 31 décembre 2000.

Troisième résolution

La FIDUCIAIRE BILLON, ayant son siège social à L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch, est nommée commissaire.

La durée de son mandat expirera lors de l'assemblée générale annuelle qui statuera sur les comptes annuels au 31 décembre 2000.

Quatrième résolution

L'adresse de la société est fixée à L-1471 Luxembourg, 400, route d'Esch.

Le conseil d'administration est autorisé à changer l'adresse de la société à l'intérieur de la commune du siège social statutaire.

Version prépondérante

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate par les présentes qu'à la requête des personnes comparantes les présents statuts sont rédigés en anglais suivis d'une version française, à la requête des mêmes personnes et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ils ont tous signé avec Nous, notaire, la présente minute.

Signé: P. Van Hees, J. Elvinger.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} août 2000.

J. Elvinger

Enregistré à Luxembourg, le 24 juillet 2000, vol. 6CS, fol. 8, case 11 – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(42352/211/263) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

TERRA CAPITAL, Société Anonyme.
Registered office: L-2449 Luxembourg, 3, boulevard Royal.

STATUTES

In the year two thousand, on the thirteenth day of July.
Before Us, Maître Frank Baden, notary, residing in Luxembourg.

There appeared:

1) ABRI HOLDINGS LIMITED, having its registered office at Tropic Isle Building, P.O. Box 438, Road Town, Tortola, British Virgin Islands,

here represented by Mr Guy Ludovissy, avocat, L-2324 Luxembourg, 6, avenue Pescatore,
by virtue of a proxy given in Monaco, on July 12th, 2000.

2) BOUCLIER HOLDINGS LIMITED, having its registered office at Tropic Isle Building, P.O. Box 438, Road Town, Tortola, British Virgin Islands,

here represented by Mr Guy Ludovissy, prenamed,
by virtue of a proxy given in Monaco, on July 12th, 2000.

The prementionned proxies, after having been signed ne varietur by the proxy holder and the notary, will remain annexed to the present deed to be filed with the registration authorities.

Such appearing parties have decided to form amongst themselves a holding company in accordance with the following Articles of Incorporation:

Denomination - Registered office - Duration - Object - Capital

Art. 1. There is hereby formed a holding company (société anonyme) under the name of TERRA CAPITAL.

Art. 2. The registered office is established in Luxembourg. It can be transferred in any other locality in the Grand Duchy of Luxembourg by decision of the general meeting of shareholders.

If extraordinary events of a political, economic, or social character, likely to impair normal activity at the registered office or easy communication between that office and foreign countries shall occur, or shall be imminent, the registered office may be provisionally transferred abroad. Such temporary measure shall, however, have no effect on the nationality of the corporation which, notwithstanding such provisional transfer of the registered office, shall remain a Luxembourg corporation.

Art. 3. The corporation is established for an unlimited period. It may be dissolved at any time by decision of the general meeting of shareholders, deliberating in the form prescribed by law for the purpose of modification of the articles of incorporation.

Art. 4. The company has for object the taking of participating interests, in whatsoever form in other either Luxembourg or foreign companies, and the management, control and development of such participating interests.

The corporation may in particular acquire all types of transferable securities, either by way of contribution, subscription, option, purchase or otherwise, as well as realize them by sale, transfer, exchange or otherwise.

The corporation may also acquire and manage all patents and trademarks and connected licences and other rights deriving from these patents or complementary thereto.

The company may borrow and grant any assistance, loan, advance or guarantee to companies in which it has a participation or in which it has a direct or indirect interest.

The company may carry out any commercial, industrial or financial operations, as well as any transactions on real estate or on movable property, which it may deem useful to the accomplishment of its purposes.

Art. 5. The corporate capital is fixed at thirty-one thousand euros (31,000.- EUR), represented by fifteen thousand five hundred (15,500) shares with a par value of two euros (2.- EUR) each.

The shares may be registered or bearer shares, at the option of the holder, except those shares for which the Law prescribes the registered form.

The corporation's shares may be created, at the owner's option, in certificates representing single shares or two or more shares.

The corporation may repurchase its own shares under the conditions provided by law.

Authorized capital

The corporate share capital may be increased from its present amount to five hundred thousand euros (500,000.- EUR) by the creation and the issue of new shares with a par value of two euros (2.- EUR), having the same rights and advantages as the existing shares.

The board of directors is fully authorized and appointed:

- to render effective such increase of capital as a whole at once, by successive portions or by continuous issues of new shares, to be paid up in cash, by contribution in kind, by conversion of shareholders' claims, or following approval of the annual general meeting of shareholders, by incorporation of profits or reserves into capital;

- to determine the place and the date of the issue or of the successive issues, the terms and conditions of subscription and payment of the additional shares,

- to suppress or limit the preferential subscription right of the shareholders with respect to the above-mentioned issue of supplementary shares within the limits of the authorized capital.

Such authorization is valid for a period of five years starting from the date of publication of the present deed and may be renewed by a general meeting of shareholders with respect to the shares of the authorized capital which at that time shall not have been issued by the board of directors.

As a consequence of each increase of capital so rendered effective and duly documented in notarial form, the first paragraph of the present article will be amended such as to correspond to the increase so rendered effective; such modification will be documented in notarial form by the board of directors or by any persons appointed for such purposes.

Administration - Supervision

Art. 6. The corporation shall be managed by a board of directors composed of at least three members, who need not be shareholders.

The directors shall be appointed for a period not exceeding six years and they shall be re-eligible; they may be removed at any time.

In the event of a vacancy on the board of directors, the remaining directors have the right to provisionally fill the vacancy, such decision to be ratified by the next general meeting.

Art. 7. The board of directors has full power to perform such acts as shall be necessary or useful to the corporation's object. All matters not expressly reserved to the general meeting by law or by the present Articles of Incorporation are within the competence of the board of directors.

Art. 8. The board of directors elects among its members a chairman; in the absence of the chairman, another director may preside over the meeting.

The board can validly deliberate and act only if a majority of its members are present or represented, a proxy between directors, which may be given by letter, telegram, telex or telefax, being permitted. In case of emergency, directors may vote by letter, telegram, telex or telefax.

Resolutions shall require a majority vote. In case of a tie, the chairman has a casting vote.

The board of directors may unanimously take resolutions by circular means by expressing their approval by one or several written notices, by cable, telegram, telex, telefax or by any other similar communication means which all have to be confirmed in writing, the whole constituting the deed which furnishes proof of the taken decision.

Art. 9. The board of directors may delegate all or part of its powers concerning the day-to-day management and the representation of the corporation in connection therewith to one or more directors, managers or other officers; they need not be shareholders of the company.

Delegation to a member of the board of directors is subject to a previous authorization of the general meeting.

Art. 10. The corporation is committed by the joint signatures of two directors.

Art. 11. The corporation shall be supervised by one or more auditors, who need not be shareholders; they shall be appointed for a period not exceeding six years and they shall be re-eligible; they may be removed at any time.

Fiscal year - General meeting

Art. 12. The corporation's financial year shall begin on the first of July and shall end on the thirtieth of June.

Art. 13. Convening notices of all general meetings shall be made in compliance with the legal provisions. If all the shareholders are present or represented and if they declare that they have had knowledge of the agenda submitted to their consideration, the general meeting may take place without previous convening notices.

The board of directors may decide that the shareholders desiring to attend the general meeting must deposit their shares five clear days before the date fixed therefore. Every shareholder has the right to vote in person or by proxy, who need not be a shareholder.

Each share gives the right to one vote.

Art. 14. The general meeting of the company properly constituted represents the entire body of the shareholders. It has the most extensive powers to carry out or ratify all acts which may concern the corporation.

Art. 15. The general meeting shall determine the appropriation and distribution of net profits.

The board of directors is authorized to pay interim dividends.

Art. 16. The annual general meeting shall be held in Luxembourg at the registered office or any other place indicated in the convening notices on the third Wednesday of November at 4.00 p.m.

If such day is a legal holiday, the annual general meeting shall be held in the next following business day.

Other general meetings may be held on Luxembourg or abroad.

Art. 17. The Law of August 10, 1915, on Commercial Companies as amended, shall apply insofar as these Articles of Incorporation do not provide for the contrary.

Transitory dispositions

1) The first fiscal year will begin on the date of formation of the Company and will end on the thirtieth of June two thousand and one.

2) The first annual general meeting will be held in the year two thousand and one.

Subscription and payment

The Articles of Incorporation having thus been established, the above-named parties have subscribed the shares as follows:

1) The company ABRI HOLDINGS LIMITED, prenamed, seven thousand seven hundred and fifty shares 7,750
2) The company BOUCLIER HOLDINGS LIMITED, prenamed, seven thousand seven hundred and fifty shares 7,750

Total: fifteen thousand five hundred shares 15,500

All these shares have been entirely paid up by payments in cash, so that the sum of thirty-one thousand euros (31,000.- EUR) is forthwith at the free disposal of the corporation, as has been proved to the notary.

Statement

The notary drawing up the present deed declares that the conditions set forth in Article 26 of the Law on Commercial Companies have been fulfilled and expressly bears witness to their fulfilment.

Estimate of costs

The parties have estimated the costs, expenses, fees and charges, in whatsoever form, which are to be borne by the corporation or which shall be charged to it in connection with its incorporation, at about seventy thousand Luxembourg francs (70,000.- LUF).

Extraordinary general meeting

Here and now, the above-named persons, representing the entire subscribed capital and considering themselves as duly convoked, have proceeded to hold an extraordinary general meeting and, having stated that it was regularly constituted, they have passed the following resolutions by unanimous vote:

- 1) The number of directors is set at three and that of the auditors at one.
- 2) The following persons are appointed directors:
 - a) Mr Graham J. Wilson, barrister, Luxembourg, 3, boulevard Royal.
 - b) Ms Cindy Reiners, employee, residing in L-3514 Dudelange, 114, route de Kayl.
 - c) Ms Alexia Meier, employee, L-2324 Luxembourg, 6, avenue Pescatore.
- 3) Has been appointed auditor:
FIDUCIAIRE EUROLUX, having its registered office in L-7233 Bereldange, 40, Cité Grand-Duc Jean.
- 4) The mandates of the directors and the auditor shall expire immediately after the annual general meeting of two thousand and three.
- 5) The registered office is fixed at L-2449 Luxembourg, 3, boulevard Royal.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, in the office of the undersigned notary, on the day named at the beginning of this document.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the appearing person, the present deed is worded in English, followed by a French version; upon request of the same appearing persons and in case of divergences between the English and the French text, the English text will prevail.

The document having been read to the persons appearing, the said persons appearing signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille, le treize juillet.

Par-devant Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg.

Ont comparu:

1) ABRI HOLDINGS LIMITED, ayant son siège social à Tropic Isle Building, P.O. Box 438, Road Town, Tortola, Iles Vierges Britanniques,

ici représentée par Monsieur Guy Ludovissy, avocat, L-2324 Luxembourg, 6, avenue Pescatore,
en vertu d'une procuration sous seing privé, donnée à Monaco, le 12 juillet 2000.

2) BOUCLIER HOLDINGS LIMITED, ayant son siège social à Tropic Isle Building, P.O. Box 438, Road Town, Tortola, Iles Vierges Britanniques,

ici représentée par Monsieur Guy Ludovissy, prénommé,
en vertu d'une procuration sous seing privé, donnée à Monaco, le 12 juillet 2000.

Les procurations, après signature ne varieront par le mandataire et le notaire instrumentaire, demeureront annexées aux présentes pour être enregistrées en même temps.

Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de TERRA CAPITAL.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg. Il pourra être transféré dans tout autre endroit du Grand-Duché de Luxembourg par une décision de l'assemblée générale des actionnaires.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée. La Société pourra être dissoute à tout moment par décision de l'assemblée générale des actionnaires, délibérant dans les formes prescrites par la loi pour la modification des statuts.

Art. 4. La société a pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

Elle peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder aux sociétés dans lesquelles elle détient une participation ou dans lesquelles elle possède un intérêt direct ou indirect tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société pourra faire en outre toutes opérations commerciales, industrielles et financières, tant mobilières qu'immobilières qui peuvent lui paraître utiles dans l'accomplissement de son objet.

Art. 5. Le capital social est fixé à trente et un mille euros (31.000,- EUR), représenté par quinze mille cinq cents (15.500) actions d'une valeur nominale de deux euros (2,- EUR) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions dans les conditions prévues par la loi.

Capital autorisé

Le capital social de la société pourra être porté de son montant actuel à cinq cent mille euros (500.000,- EUR) par la création et l'émission d'actions nouvelles d'une valeur nominale de deux euros (2,- EUR) chacune, jouissant des mêmes droits et avantages que les actions existantes.

Le Conseil d'Administration est autorisé et mandaté pour:

- réaliser cette augmentation de capital, en une seule fois ou par tranches successives, par émission d'actions nouvelles à libérer par voie de versements en espèces, d'apports en nature, par transformation de créances ou encore, sur approbation de l'assemblée générale annuelle, par voie d'incorporation de bénéfices ou réserves au capital;

- fixer le lieu et la date de l'émission ou des émissions successives, le prix d'émission, les conditions et modalités de souscription et de libération des actions nouvelles;

- supprimer ou limiter le droit de souscription préférentiel des actionnaires quant à l'émission d'actions nouvelles à émettre dans le cadre du capital social autorisé.

Cette autorisation est valable pour une période de cinq ans à partir de la date de la publication du présent acte et peut être renouvelée par une assemblée générale des actionnaires quant aux actions du capital autorisé qui d'ici là n'auront pas été émises par le Conseil d'Administration.

A la suite de chaque augmentation de capital réalisée et dûment constatée dans les formes légales, le premier alinéa de cet article se trouvera modifié de manière à correspondre à l'augmentation intervenue; cette modification sera constatée dans la forme authentique par le Conseil d'Administration ou par toute personne qu'il aura mandatée à ces fins.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocablables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le Conseil d'Administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le Conseil d'Administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le Conseil d'Administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou télifax, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex, télifax ou téléphone.

Les décisions du Conseil d'Administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Le Conseil d'administration pourra, à l'unanimité, prendre des résolutions par voix circulaire en exprimant son approbation au moyen d'un ou de plusieurs écrits ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire, à confirmer par écrit, le tout ensemble constituant le procès-verbal faisant preuve de la décision intervenue.

Art. 9. Le Conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du Conseil d'Administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée par la signature collective de deux administrateurs.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocablables.

Année sociale - Assemblée générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier juillet et finit le trente juin.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le Conseil d'Administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par un mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le Conseil d'Administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit le troisième mercredi du mois de novembre à seize heures à Luxembourg au siège social ou à tout autre endroit à désigner dans les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

D'autres assemblées générales pourront se tenir au Luxembourg ou à l'étranger.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se terminera le trente juin deux mille un.

2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en deux mille un.

Souscription et libération

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1) La société ABRI HOLDINGS LIMITED, préqualifiée, sept mille sept cent cinquante actions. 7.750

2) La société BOUCLIER HOLDINGS LIMITED, préqualifiée, sept mille sept cent cinquante actions 7.750

Total: quinze mille cinq cents actions 15.500

Toutes les actions ont été entièrement libérées par des versements en espèces, de sorte que la somme de trente et un mille euros (31.000,- EUR) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Les parties comparantes évaluent le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à charge en raison de sa constitution, approximativement à la somme de soixante-dix mille francs luxembourgeois (70.000,- LUF).

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité, les résolutions suivantes:

1) Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

2) Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur Graham J. Wilson, barrister, Luxembourg, 3, boulevard Royal.

b) Mademoiselle Cindy Reiners, employée privée, demeurant à L-3514 Dudelange, 114, route de Kayl.

c) Mademoiselle Alexia Meier, employée privée, L-2324 Luxembourg, 6, avenue Pescatore.

3) Est appelée aux fonctions de commissaire:

FIDUCIAIRE EUROLUX, ayant son siège social à L-7233 Bereldange, 40, Cité Grand-Duc Jean.

4) Les mandats des administrateurs et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de l'an deux mille trois.

5) Le siège social est fixé à L-2449 Luxembourg, 3, boulevard Royal.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, en l'étude du notaire soussigné, date qu'en tête.

Le notaire soussigné qui comprend et parle la langue anglaise constate que sur la demande des comparants, le présent acte est rédigé en langue anglaise, suivi d'une traduction française; sur la demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte français et le texte anglais, ce dernier fera foi.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: G. Ludovissy, F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 14 juillet 2000, vol. 5CS, fol. 96, case 7. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 juillet 2000.

F. Baden.

(42350/200/340) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

ARTS ET LOISIRS S.A., Société Anonyme.
 Siège social: L-1740 Luxembourg, 17, rue de Hollerich.

STATUTS

L'an deux mille, le vingt juillet.

Par-devant Maître Norbert Muller, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette.

Ont comparu:

1.- Monsieur Aldo Fascio, sans profession, demeurant à L-4018 Esch-sur-Alzette, 33, rue d'Audun;

2.- Monsieur Alain Rob, indépendant, demeurant à F-57100 Thionville, 10, Boucle des Lièvres;

3.- et Monsieur Raymond Gigliarelli, commerçant, demeurant à F-54400 Longwy, 28, rue Petitier.

Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux:

Art. 1^{er}. Il est formé par la présente une société anonyme sous la dénomination de ARTS ET LOISIRS S.A.

Le siège social est établi à Luxembourg.

Il peut être transféré dans tout autre endroit du Grand-Duché de Luxembourg, par une décision du conseil d'administration.

La durée de la société est illimitée.

La société pourra être dissoute à tout moment par décision de l'assemblée générale des actionnaires, délibérant dans les formes prescrites par la loi pour la modification des statuts.

Art. 2. La société a pour objet l'exploitation d'un débit de boissons alcoolisées et non alcoolisées, avec petite restauration et location de chambres meublées.

Elle peut s'intéresser par toutes voies, dans toutes affaires, entreprises ou sociétés ayant un objet identique, analogue ou connexe, ou qui sont de nature à favoriser le développement de son entreprise.

La société peut accomplir toutes opérations généralement quelconques, commerciales, industrielles, financières, mobilières et immobilières, se rapportant directement ou indirectement à son objet.

Art. 3. Le capital social est fixé à un million deux cent cinquante mille francs (1.250.000,-), divisé en mille actions (1.000) de mille deux cent cinquante francs (1.250,-) chacune.

Les actions ont été souscrites et libérées comme suit:

1.- Monsieur Aldo Fascio, prédit, deux cent cinquante actions	250 actions
2.- Monsieur Alain Rob, prédit, trois cent soixantequinze actions	375 actions
3.- et Monsieur Raymond Gigliarelli, prédit, trois cent soixantequinze actions	375 actions
Total: mille actions	1.000 actions

Toutes les actions ont été intégralement souscrites et libérées par un versement en espèces, de sorte que la somme de un million deux cent cinquante mille francs (1.250.000,-), est à la disposition de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant qui le constate expressément.

Art. 4. Les actions sont nominatives ou au porteur.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société pourra procéder au rachat de ses actions au moyen de ses réserves disponibles et en respectant les dispositions de l'article 49-2 de la loi du 24 avril 1983 modifiant la loi de 1915.

Tout actionnaire désirant vendre ou céder des actions à un tiers non actionnaire devra préalablement avertir par avis écrit le conseil d'administration de son intention de vendre ou de céder ses actions et le conseil devra en avertir les autres actionnaires.

Les autres actionnaires auront un droit préférentiel d'opter pour l'achat de la totalité des actions en question en proportion des actions qu'ils détiennent dans un délai de trente (30) jours après la date de l'offre. La vente ou la cession d'actions entre actionnaires est libre. Le capital social de la société peut être augmenté ou diminué en une ou plusieurs tranches par une décision de l'assemblée générale des actionnaires prise en accord avec les dispositions applicables au changement des statuts. La constatation d'une telle augmentation ou diminution du capital peut être confiée par l'assemblée générale au conseil d'administration.

L'assemblée générale appelée à délibérer soit sur l'augmentation de capital soit sur l'autorisation d'augmenter le capital conformément à l'article 32-1 nouveau de la loi sur les sociétés commerciales, peut limiter ou supprimer le droit de souscription préférentiel des actionnaires existants ou autoriser le conseil à faire, sous les conditions définies à l'article 32-3 (5) deuxième alinéa de la même loi, cette augmentation de capital.

Art. 5. La société est administrée par un Conseil d'Administration de trois membres au moins, actionnaires ou non.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, nommé par l'assemblée générale, les administrateurs et le commissaire aux comptes, ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas, l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 6. Le Conseil d'Administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Le Conseil d'Administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme ou télex, étant admis.

En cas d'urgence, les administrateurs, peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme ou télex.

Les décisions du Conseil d'Administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Le Conseil peut déléguer toute partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation à un ou plusieurs administrateurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

Art. 7. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Art. 8. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre de chaque année.

Exceptionnellement, le premier exercice commence aujourd'hui même pour finir le trente et un décembre deux mille.

Art. 9. L'assemblée générale annuelle se réunit au siège social ou à l'endroit indiqué dans les convocations, le premier lundi du mois de juin à 10.00 heures et pour la première fois en deux mille un.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée est reportée au premier jour ouvrable suivant.

Art. 10. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le Conseil d'Administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par un mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne un droit à une voix, sauf les restrictions imposées par la loi.

Art. 11. L'assemblée générale des actionnaires a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Elle décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Art. 12. Sous réserve des dispositions de l'article 72-2 de la loi du 24 avril 1983 et avec l'approbation du commissaire aux comptes de la société, le Conseil d'Administration est autorisé à procéder à un versement d'acomptes sur dividendes.

Art. 13. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et leurs modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et en constate expressément l'accomplissement.

Evaluation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution, s'élève approximativement à la somme de soixante mille francs (60.000,-).

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant, les comparants préqualifiés représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

1.- Le nombre des administrateurs est fixé à trois:

Sont nommés Administrateurs:

- 1) Monsieur Emmanuel Fascio, employé privé, demeurant à L-4018 Esch-sur-Alzette, 33, rue d'Audun;
- 2) Monsieur Alain Rob, prédit; et
- 3) Monsieur Raymond Gigliarelli, prédit.

Leur mandat prendra fin lors de l'assemblée générale annuelle en l'an 2006.

Réunion du conseil d'administration

Les administrateurs, tous présents, ont nommé à l'unanimité des voix comme administrateurs-délégués savoir:

- Monsieur Alain Rob, prédit;
- Monsieur Raymond Gigliarelli, prédit;
- et Madame Valérie Stutzinger, employée privée, demeurant à F-57190 Florange, 6, rue de la Gare.

2.- La société se trouve valablement engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux administrateurs.

Toutefois, jusqu'à une somme de cinquante mille francs (50.000,-), la société est valablement engagée par la signature de l'un des administrateurs-délégués.

3.- Le nombre de commissaires aux comptes est fixé à un.

Est nommée commissaire aux comptes:

la société FIDUCIAIRE EUROPEENNE avec siège social à L-2314 Luxembourg, 2A, place de Paris.

Son mandant prendra fin lors de l'assemblée générale annuelle en l'an 2006.

4.- L'adresse du siège social de la société est fixé à L-1740 Luxembourg, 17, rue d'Hollerich.

Dont acte, fait et passé à Esch-sur-Alzette, en l'étude du notaire instrumentant, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom, état et demeure, ils ont signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: E. Fascio, A. Rob, R. Gigliarelli, N. Muller.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 24 juillet 2000, vol. 862, fol. 1, case 12. – Reçu 12.500 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour copie conforme, délivrée sur demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 2 août 2000.

N. Muller.

(42299/224/139) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

CRAMER S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 41, avenue de la Gare.

R. C. Luxembourg B 55.012.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire du 26 novembre 1999

1. L'assemblée décide de convertir le capital social actuellement exprimé en francs luxembourgeois (LUF) en euros (EUR), qui de cette manière est arrêté à un million quatre cent quatre-vingt-sept mille trois cent soixante et un euros (1.487.361,- EUR).

2. L'assemblée décide d'augmenter le capital social de trente-neuf euros (39,- EUR) pour le porter de son montant actuel d'un million quatre cent quatre-vingt-sept mille trois cent soixante et un euros (1.487.361,- EUR) à un million quatre cent quatre-vingt-sept mille quatre cents euros (1.487.400,- EUR) par versement en numéraire.

3. L'assemblée décide de supprimer la valeur nominale des actions et d'adapter l'article 3 des statuts afférent aux mentions du capital pour lui donner la teneur suivante:

Art. 3. Paragraphe 2. «Le capital social de la société est fixé à un million quatre cents quatre vingt-sept mille quatre cent euros (1.487.400,- EUR), représenté par six mille (6.000) actions sans désignation de valeur nominale, entièrement libérées» en remplacement de «Le capital social est fixé à six millions de francs luxembourgeois (6.000.000,- LUF), représenté par six mille actions (6.000) actions d'une valeur nominale de dix mille francs luxembourgeois (10.000,- LUF) chacune, entièrement libérées».

Pour la société

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 3 août 2000, vol. 540, fol. 68, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(42425/000/26) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

EXIT, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Luxembourg, 142, boulevard de la Pétrusse.

EXTRAIT

Il résulte d'une cession de parts sous seing privé enregistrée à Esch-sur-Alzette en date du 31 juillet 2000, vol. 317, vol. 26, case 11.

Monsieur Tahar Kherboub, employé, demeurant à Mont-Saint-Martin, 11, avenue des Pins, cède à Madame Marcelle Kuntzinger, restauratrice, demeurant à Esch-sur-Alzette, 14, rue Xavier Brasseur qui accepte, 49% des parts sociales, soit 249 parts de la société à responsabilité EXIT, S.à r.l., établie et ayant son siège social à Luxembourg, 142, boulevard de la Pétrusse, pour le montant de 249.000,- LUF.

Differdange, le 2 août 2000.

Pour extrait conforme

Pour la société

R. Schuman

Notaire

(42444/237/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

AUDEMARS MICROTEX LUX HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 8, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 69.343.

Par décision du conseil d'administration du 18 janvier 2000, il a été décidé de coopter M. Mirko Audermars aux fonctions d'administrateur, en remplacement de M. Robert Zafferri, démissionnaire.

La présente cooptation fera l'objet d'une ratification par la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Pour AUDEMARS MICROTEX LUX HOLDING S.A.

L.M.C. GROUP S.A.

Société Anonyme

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 3 août 2000, vol. 540, fol. 69, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(42384/000/15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 7 août 2000.

GLOBAL INVESTMENT STRATEGY, Fonds Commun de Placement.

The Board of Directors of SB-GOTHARD I FUND MANAGEMENT COMPANY, acting as management Company of GLOBAL INVESTMENT STRATEGY (the «Fund»), considers putting the Fund into liquidation because of a continuous reduction of its size.

A provision for liquidation expenses has been reflected in the Fund's net asset value as of 18th December 2000.

A meeting of the Board of directors is scheduled to be held on 30th March 2001 to resolve upon the liquidation of the Fund. Consequently, shareholders may request the redemption of their shares until 1.00 p.m. on such date.

The Board of Directors of

SB-GOTHARD I FUND MANAGEMENT COMPANY

(04747/000/12)

STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND, Fonds Commun de Placement.

The Board of Directors of STOREBRAND LUXEMBOURG S.A. (the «Management Company») has decided to amend the Prospectus of the STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND (the «Fund») in order to reflect the following changes:

- a) Launching of a new Sub-Fund, STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND - Storebrand World Equity Fund, the units of which will be available for subscription as from 22nd December 2000.
- b) Opening of the existing Sub-Fund STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND - Storebrand Principle European Bond Fund, the units of which will be available for subscription as from 22nd December 2000.
- c) Launching of a new Class I of units within the Sub-Funds STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND - Storebrand Principle Global Fund and STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND - Storebrand Principle European Bond Fund, which units shall be restricted to institutional investors within the meaning of the Law of 19th July 1991 on undertakings for collective investment the units of which are not intended to be placed with the public.
- d) Change of the fee structure applicable to the Sub-Fund STOREBRAND INTERNATIONAL INVESTMENT FUND - Storebrand Principle Global Fund as follows:
reduction of the management fee from 1.25% to 0.70% in respect of all Classes of units, and
increase of the maximum service fee from 0.00% to 0.55% in respect of Class A units, from 0.45% to 1.00% in respect of Class B units and from 0.75% to 1.30% in respect of Class C units.
The aggregate amount of the fees to be paid by the relevant Classes of Units shall not increase as a result of the above change of the fee structure.
- e) Change of the deadline before which the applications for subscription, conversion and redemption of units must be received by the Registrar and Transfer Agent in the sense that subscriptions, conversions and redemptions of units shall be based on the Net Asset Value per unit of the relevant Sub-Fund and Class on the relevant Valuation Date provided the subscription, conversion or redemption applications are received by the Registrar and Transfer Agent before 4.00 p.m., Luxembourg time, on the bank business day preceding the relevant Valuation Date.
- f) Change of the valuation rules applicable to the assets held by each Sub-Fund in the sense that securities listed or dealt on an official stock exchange or dealt on another regulated market which operates regularly and is recognized and open to the public shall be valued on the basis of the last available closing price.

Consequently to such changes, the existing Prospectus of the Fund, dated May 2000, has been replaced by an updated Prospectus, dated December 2000, available at the registered office of the Fund.

Luxembourg, 29th December 2000.

*By order of the Board of Directors
of the Management Company*

(04763/250/38)

BERBERIS HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 42.319.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à
l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 17 janvier 2001 à 15.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2000, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2000.
4. Divers.

I (04617/005/16)

Le Conseil d'Administration.

INTER MULTI INVESTMENT, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 22, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 31.217.

Nous vous prions de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

de INTER MULTI INVESTMENT, Société d'Investissement à Capital Variable, qui se tiendra au 5, rue Jean Monnet, L-2180 Luxembourg, le mercredi 17 janvier 2001 à 11.00 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clos au 30 septembre 2000;
2. Approbation des Etats financiers arrêtés au 30 septembre 2000;
3. Décharge à donner aux Administrateurs;
4. Nominations statutaires;
5. Divers.

Aucun quorum de présence n'est requis pour les points à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Annuelle. Les décisions seront prises à la majorité des actions présentes et représentées à l'Assemblée.

Pour avoir le droit d'assister ou de se faire représenter à cette Assemblée, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets de BNP PARIBAS LUXEMBOURG, 24, boulevard Royal, L-2952 Luxembourg, ou au siège social 10A, boulevard Royal, L-2093 Luxembourg.

Le rapport annuel au 30 septembre 2000 est à la disposition des Actionnaires au siège social de la Société.

I (04699/755/24)

Le Conseil d'Administration.

GENERALINVEST, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2951 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 49.232.

Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra dans les bureaux de la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A., 50, avenue J.F. Kennedy à Luxembourg, le 17 janvier 2001 à 15.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration sur l'exercice clos le 30 septembre 2000.
2. Lecture du rapport du réviseur d'entreprises.
3. Approbation des comptes annuels de l'exercice clos le 30 septembre 2000.
4. Affectation du bénéfice.
5. Quitus aux Administrateurs pour l'exercice clos le 30 septembre 2000.
6. Nomination des Administrateurs et du réviseur d'entreprises.
7. Questions diverses.

Les propriétaires d'actions au porteur désireux d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire devront effectuer le dépôt et demander le blocage de leurs actions au moins cinq jours francs avant le 17 janvier 2001 aux guichets de la BANQUE GENERALE DU LUXEMBOURG S.A.

Pour des raisons d'organisation, nous serions obligés aux propriétaires d'actions nominatives désireux d'assister à l'Assemblée Générale Ordinaire, de bien vouloir manifester par écrit (lettre ou procuration) leur intention de prendre part au vote au moins cinq jours francs avant le 17 janvier 2001.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent pas de quorum spécial et seront adoptées si elles sont votées par la majorité des actions présentes ou représentées.

I (04726/584/27)

Le Conseil d'Administration.

ZUKUNFT A.G., Société Anonyme.
 Siège social: Luxembourg, 10, avenue Monterey.
 R. C. Luxembourg B 52.581.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

I'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

des actionnaires qui se tiendra le *16 janvier 2001* à 10.00 heures au siège social de la société et qui aura pour ordre du jour:

Ordre du jour:

- rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux comptes
- approbation du bilan et du compte de pertes et profits arrêtés au 31 décembre 1999
- affectation du résultat
- quitus aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes
- nominations statutaires
- divers.

I (04729/019/18)

Le Conseil d'Administration.

SICAV BEST, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 26A, boulevard Royal.
 R. C. Luxembourg B 28.632.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

I'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le *18 janvier 2001* à 14.00 heures dans les bureaux de BISYS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A., 19-21, route d'Arlon, L-8009 Strassen, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clôturé le 30 septembre 2000;
2. Approbation du rapport annuel et des comptes de l'exercice clôturé le 30 septembre 2000 et affectation des résultats;
3. Quitus de leur gestion aux Administrateurs;
4. Quitus de son mandat au Réviseur d'Entreprises;
5. Renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises;
6. Renouvellement du mandat des Administrateurs;
7. Divers.

Les actionnaires sont invités à déposer leurs actions au siège social de la société, en vue de participer à l'Assemblée, au plus tard 3 jours francs avant la date de l'Assemblée où elles resteront bloquées jusqu'à l'issue de l'Assemblée.

Les procurations sont à adresser au siège social avant le 12 janvier 2001.

I (04764/755/23)

Le Conseil d'Administration.

THE CRONOS GROUP, Société Anonyme Holding.

Registered office: L-2120 Luxembourg, 16, allée Marconi.
 R. C. Luxembourg B 27.489.

ANNUAL GENERAL MEETING OF SHAREHOLDERS

Date: Wednesday, January 10, 2001

Time: 10.00 a.m.

Place: HOTEL LE ROYAL, 12, boulevard Royal, Luxembourg

Agenda:

Matters to be voted upon:

1. Election of two directors.
2. Approval of the Company's Non-Employee Directors Equity Plan.
3. Appointment of DELOITTE & TOUCHE S.A. as the Company's independent auditors for the year ending December 31, 2000 for both the consolidated and unconsolidated accounts and grant of authorization to the Board of Directors to fix the compensation of the independent auditors.
4. Approval of the consolidated and unconsolidated financial statements of the Company for the year ended December 31, 1999 and the reports of the Company's independent auditors and Board of Directors thereon.
5. Discharge of certain directors pursuant to Article 74 of Luxembourg's Company Law from the execution of their mandate for the years ended December 31, 1999 and December 31, 1998.
6. Allocation of the profit/loss reported by the Company for the year ended December 31, 1999.
7. Any other matter properly brought before the shareholders at the annual meeting or any adjournment thereof.

The close of business on November 24, 2000 was fixed as the record date for determining which shareholders are entitled to notice of the meeting, and any adjournment, postponement, or continuation thereof, and are entitled to vote.

The address of the Company's registered office is 16, allée Marconi, Boîte Postale 260, L-2120 Luxembourg, and its telephone number is 352 453 145. The Company is organized in Luxembourg as a société anonyme holding with registrar number R. C. LUX B 27.489.

December 5, 2000.

On Behalf of the Board of Directors

D. J. Tietz

Chairman of Board and Chief Executive Officer

II (04674/260/34)

PLEIADE, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 2, place de Metz.

R. C. Luxembourg B 42.619.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

I'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui sera tenue dans les locaux de la BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT à Luxembourg, 2, place de Metz le mercredi 10 janvier 2001 à 9.30 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Recevoir le rapport de gestion du Conseil d'Administration et le rapport du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clos au 30 septembre 2000;
2. Recevoir et adopter les comptes annuels au 30 septembre 2000, affectation du bénéfice;
3. Donner quitus aux Administrateurs;
4. Nominations statutaires;
5. Nomination du Réviseur d'Entreprises;
6. Divers.

Les propriétaires d'actions au porteur désirant être présents ou représentés à l'Assemblée Générale Ordinaire devront en aviser la Société et déposer leurs actions au moins cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets d'un des établissements ci-après:

Au Grand-Duché de Luxembourg à la BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, Luxembourg.

En Suisse, à la BANQUE SCS ALLIANCE S.A., Genève.

En France, au CREDIT INDUSTRIEL ET COMMERCIAL, Paris.

En Espagne, à la BANCO SANTANDER CENTRAL HISPANO, Madrid.

Les propriétaires d'actions nominatives inscrits au registre des actionnaires en nom à la date de l'Assemblée sont autorisés à voter ou à donner procuration en vue du vote. S'ils désirent être présents à l'Assemblée Générale, ils doivent en informer la société au moins cinq jours francs avant.

Des formules de procuration sont disponibles au siège social de la Société.

II (04660/755/30)

Le Conseil d'Administration.
